



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

191 (26.4.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-141340](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-141340)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eingelohn 30 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.45 pro Quartal.
Eingel.-Nummer 5 Pfg.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.
Kurzweilige Inserate . . . 20
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1448
Druckerei-Bureau (Eingel.)
Druckerei-Bureau (Ab-
nahme) Druckarbeiten 344
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung . . . 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Gleiseste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 191.

Dienstag, 26. April 1910.

(Abendblatt.)

Das neue Volksschulgesetz.

Ein Parteifreund, der den Fragen der badischen Volksschule und der Gebung des Lehrerstandes sein besonderes Interesse widmet, macht der nationalliberalen Fraktion des badischen Landtages in der Frage der Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstufen, bzw. ihrer gehaltlichen Gleichstellung mit den mittleren Beamten einen vermittelnden Vorschlag. Dem Wunsche unseres Parteigenossen, diesen Vorschlag einer weiteren Öffentlichkeit zur Prüfung zu unterbreiten, kommen wir gerne nach. Er schreibt uns:

Die Frage, ob und wie das neue Schulgesetz zustande kommen wird, beschäftigt landauf landab alle fortschrittlich gesinnten Staatsbürger. Es will scheinen, als ob man das Gesetz unter allen Umständen retten will und wenn es auch noch so wenig befriedigen vermag. Da ist es nun an der Zeit, daß die liberal gesinnten Bürger gegen diese „Etwas-politik“ und gegen alle Versuche des „Schönfärbens“ und „Sinnestäuschens“ über die unsern Badnerlande drohenden Gefahren ernstlich ihre Stimme erheben. Eine Korrespondenz des „General-Anzeiger“ glaubte das zur Verhandlung stehende Schulgesetz ein „fortschrittliches“, dem Zentrum „unsympathisches“ nennen zu sollen. Wir können dem nicht ohne weiteres zustimmen. Das Gesetz bringt wohl in mancher Hinsicht einen Fortschritt, darum kann es in seiner Tendenz noch lange nicht schlechthin als ein „fortschrittliches“ bezeichnet werden. Greifen wir nur beispielsweise die Hauptfrage, die Lehrerbesoldung, heraus. Das Gehalt eines Hauptlehrers wird von 1500—2800 M. auf 1600—3200 M. erhöht. Das ist ein Fortschritt, aber was für einer. Von einem gerechten, in der Tat „fortschrittlichen“ Gesetz, das die Bedeutung der Schule und das hieron abhängende Volkswohl zu wahren und zu würdigen versteht, muß erwartet werden, daß es die gehaltliche Gleichstellung der Volksschullehrer mit den mittleren Beamten garantiert. Entsprechend den Gehaltsstufen für die Mittelbeamten muß das Schulgesetz unbedingt 1700 M. Anfangsgehalt, Zulagen von 175 und 225 bzw. 250 M. und ein Höchstgehalt von 3800 bzw. 3400 M. Höchstgehalt bewilligen. Weniger als das in 1. Lesung abgelesene Gesetz bietet, hätte auch das konservativste Regime nicht bieten können. Hat doch selbst das Regime Bethmann für Preußens Volksschullehrer 3800 bzw. 3400 M. Höchstgehalt bewilligt. Wie also liberale Männer das in Aussicht stehende badische Schulgesetz ein „fortschrittliches“, dem Zentrum „unsympathisches“ bezeichnen können, bleibt uns unverständlich. Wir sind überzeugt, daß der in der Schulkommission in 1. Lesung angenommene Regierungsvorschlag in dem wichtigsten Punkt, in der Gehaltsfrage, dem Zentrum sehr „sympathisch“ ist, so sympathisch, daß es sofort alles gutheißt und den Antrag auf Einreichung in den Gehaltsstufen scharf ablehnen soll. Wir sehen also das Zentrum einmütig an der Seite der Regierung; das bedeutet die Situation zur Genüge und schafft Klarheit. Wohin soll die Reise gehen? „Unsympathisch“ wäre offenbar dem Zentrum gewesen, wenn man endlich dem Lehrerstand gegenüber Gerechtigkeit geübt, ihn den Mittelbeamten gehaltlich gleichgestellt und damit den rücksichtslos gesinnten Parteien und vor allem von Barchhofen wirtschaftlich

unabhängig gemacht hätte. Die Schulpolitik des Zentrums ist zielbewußt. Das Zentrum weiß nur zu gut, daß Leben und Selbstständigkeit des Lehrerstandes gleichbedeutend ist mit Minderung des geistlichen Einflusses in Volksschulwesen. Das Zentrum will seine dominierende Stellung nicht aufgeben; kann seine Position gestärkt werden, so scheint es nicht zurück, dem Lehrerstand die gehaltliche Gleichstellung mit den Mittelbeamten zu verweigern.

Wie stellt sich die nationalliberale Fraktion zu der konsequenten und rücksichtslosen Haltung des Zentrums? Was bis jetzt aus den Verhandlungen in der Schulkommission an die Öffentlichkeit gedrungen ist, will uns wenig erfreulich erscheinen. Danach sollen von liberaler Seite die im Regierungsentwurf vorgesehenen Gehaltsätze als „ausreichend“ bezeichnet worden sein. Die Regierung scheint uns in dieser Beziehung unverständlich und unwahrscheinlich. Neben der unantwortlichen Zurücksetzung der Lehrer gegenüber den gleichqualifizierenden Mittelbeamten müßte diese Regierung aus taktischen Gründen tief bedauert werden. Mit dieser Regierung ist dem Zentrum der größte Dienst erwiesen. Mit Recht kann das Zentrum vor den katholischen Lehrerverein, vor die badischen Lehrer hinsetzen und erklären: „Die Liberalen haben von vornherein durch den Berichterstatter die ausdrückliche Erklärung abgegeben lassen, daß der von der Regierung vorgeschlagene Gehaltsstufen von 1600—3200 M. ausreichend sei, und daß dem Zentrum nach dieser Erklärung die Möglichkeit genommen sei, eine günstigere Gehaltsstaffelung durchzusetzen.“ Wir gestehen offen, daß wir diese Wendung nicht erwartet hätten. Kann die liberale Fraktion die vorgeschlagenen Gehaltsätze von 1600—3200 M. für „ausreichend“ anerkennen und damit die Regelung der Lohngehälter als eine abschließende betrachten? Niemals! Die liberale Partei hat ihr Wort gegeben, für die Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstufen zu stimmen.“ Das Versprechen muß gehalten und eingelöst werden. Die von der liberalen Partei in ihr Programm aufgenommene Forderung nach Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstufen darf nur in der von der Regierung vorgeschlagenen Auffassung ausgelegt werden. Die Aufnahme in den Gehaltsstufen soll nichts anderes als „Gleichstellung der Lehrer mit den Mittelbeamten“ bedeuten. In dieser Forderung hat die liberale Partei unzweideutige Stellung zu nehmen.

Ist die Forderung der Lehrerschaft eine berechtigte, so muß sie prinzipiell anerkannt werden. In der prinzipiellen Forderung der Gleichstellung der Volksschullehrer mit den übrigen Mittelbeamten gibt es kein Zurückweichen mehr; über die Art der Durchführung mag man sich einigen wie man will. Die Gleichstellung der Lehrer würde zweifellos am ehesten und sichersten durch ihre Einreichung in den Gehaltsstufen zu verwirklichen sein. Außerhalb des Tarifs sind die Lehrer bis jetzt in ihrem Gehalt immer rückständig geblieben. Nachdem nun aber die Regierung die Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstufen unter allen Umständen abgelehnt hat, erscheint es vorerst zwecklos, buchstabenmäßig auf dieser Forderung zu beharren. Wenn die Parteien in diesem Punkt nachzugeben beschließen haben, so ist das zu verstehen, aber nicht zu verstehen wäre, wenn die liberalen Parteien und der Großhaushalt in der Frage der Gleichstellung der Lehrer von ihrer Pro-

grammforderung absehen würden. Hoffentlich raffen sich die liberalen Parteien noch auf, bis es zu spät ist. Kommt unter der energichsten Vertretung der Lehrer- und Schülereisen durch die liberalen Parteien zunächst nicht alles erreicht werden, so muß doch mindestens eine Gehaltsstufen von 1700 bis 3400 Mark durchgesetzt und der grundsätzliche Standpunkt hinsichtlich der gehaltlichen Gleichstellung der Lehrer mit den Mittelbeamten durch eine entsprechende Resolution gewahrt werden.

Wir erwarten, daß die liberalen Parteien durch eine Resolution zum Ausdruck bringen, daß die Volkserhebung in der vorgeschlagenen Gehaltsfestsetzung keine abschließende Regelung der Lehrergehälter, sondern nur eine Abschlagszahlung erklärt, und daß die berechtigten Wünsche der Lehrer durch gehaltliche Gleichstellung mit den mittleren Beamten in den kommenden Jahren stappentweise zu berücksichtigen sind.“

Politische Uebersicht.

Mannheim, 26. April 1910.

Bassermann über den schwarz-blauen Block.

Der Nationalliberale Verein in Barmburg in Anhalt hat am Sonntag die Feier seines 25jährigen Bestehens begangen. Das Fest, das unter außerordentlich reicher Beteiligung der politischen Kreise des Herzogtums Anhalt und der Nachbarprovinzen imposant verlief, fand seinen Höhepunkt in einer Rede des Führers der nationalliberalen Partei, des Fraktionsvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Bassermann. Von aktuellem Interesse sind folgende Ausführungen des Redners:

Gegen den Willen zur Macht, den das Zentrum unaufhörlich kundgibt, bemerkt man wenig Energie auf Seiten der Regierungsorgane. War es nicht ein großes Verdienst Bismarcks, daß er nach starker Verfechtung der Kolonialpolitik einen deutschen Kaufmann, Dernburg, an die Spitze der Kolonialverwaltung stellte, der mit energischer Hand aufräumte und dafür sorgte, daß die finanziellen Zustände geregelter wurden, der den bürokratischen Anschauungen entgegen trat und gesetzliche Maßregeln traf, die dem Deutschen Reich seinen Anteil an den Erträgen der Kolonien sichern, so daß es uns jetzt möglich ist, aus ihnen die Kolonialbahn zu bauen. Das Zentrum aber bekämpft diesen Mann. Aus Anlaß der Gesetzesvorlage über die Südwafrika-Ausgaben hat Dernburg einen Aufruf vom Jahre 1890 geschrieben. Hier ist das Gefühl doch vorhanden, daß diesmal ein gewaltiger Vorstoß gemacht worden ist gegen die Person. Weit über die Grenzen des deutschen Volkes hat der Gang der Verhandlungen über die preussische Wahlrechtsreform Unzufriedenheit erregt. Wir wissen aus den letzten Jahren ganz genau, wie notwendig es ist, auch im Osten die geheime Wahl zu haben. Hier ist es wiederum das Zentrum, welches das größte Interesse hat, daß dies nicht geschieht. Der bedauerliche Ausgang der Reichsfinanzreform zeitigte den schwarz-

Feuilleton.

Aus Defreggers Jugendtagen.

(zu seinem 75. Geburtstag.)

Wie ein Märchen klingt die Erzählung von den Lebensjahren des großen Bauernmalers Franz von Defregger; vom Jünglingsjahre zum berühmten, mit Ehren überschütteten Maler führt der Weg, aus stiller Bergeseinsamkeit zu Ansehen, Reichtum und Ruhm.

Von dem Begründer der italienischen Malerei, von Giotto hat uns Defregger erzählt, daß er als armer Hirtenjunge aus Kindheitsträumen zu dem scharfsichtigen Gestalter der Umwelt erwacht sei und erste Probe seines Könnens im unsicheren Abzeichnen seiner Schafherde gegeben habe.

Auf der Weide, im trauten Verein mit den väterlichen Riegen, hat sich auch in dem kleinen Defregger-Franz der dunkle Drang zum Gestalten geregt. Am 30. April 1835 auf dem Oberhof zu Stronach in der Gemelnde Döllach war er geboren worden als der einzige Sohn, der dem Vater als Erbe des holländischen Besitzes nachfolgen sollte. So war ihm sein Weg durch das Geschick vorgezeichnet: auf dem angestammten Hof seiner Vorfahren sollte auch er wohnen und mühselig dem Heimatboden den großen Nutzen abringen. Aber andere ferne Sterne lockten ihn von früh an und aus der eng vorgeschriebenen Lebensbahn trieb es ihn hinaus auf das wabende Meer einer dunklen Zukunft. Ein sonderbarer Gang zeigte sich an dem Knaben, der bei Vater und Verwandten — die Mutter war sehr früh gestorben — viel Kopfschütteln erregte. Ein instinktiver Formtrieb lebte in seinen ewig regen Fingern, daß ihn aus dem Teig, aus dem die Krampen gebacken wurden,

allerlei Figuren und Tiere kneten, aus Hüben und Kartoffeln wunderliche Karren schnitten. Dann versuchte er mit Papier und Schere Figuren herzustellen, und es gelang ihm trefflich.

Der Oberhof lag ganz einsam und ein Bleistift war eine Selbheit. Als aber dann der erste Bleistift in die Hände des Knaben kam, da wurde das zu einem Ereignis, das seinem Denken und Tun eine ganz neue Richtung gab. Nun machte er Zeichen und immer wieder Zeichen. Ging ihm der Bleistift aus, dann trieb er mit Kreide auf Tische, Wände und Gestein, und bald waren die Wände des Hofes so besetzt, daß jedermann die überall in der Dorf besiedelten Spuren seines sonderbaren Kunstwillens sah und das kraule Zeug mit verwundertem Staunen betrachtete. Der Vater jedoch war stolz auf das Talent des Huben und erprobte sein Können einmal auf eine ziemlich gefährliche Weise. Er fragte den Franz eines Tages, ob er sich wohl getrauen würde, einen Hubschirm aus Bleistift genau nachzuzeichnen. Das gelang dem jungen Künstler so gut, daß der Vater die Zeichnung ein paar befreundeten Nachbarn zeigte. Auch die lobten die Nachahmung außerordentlich und einer war von dem falschen Goldensettel so begeistert, daß er den anderen eine Wette antrug, auf den Schein würde jeder reinschauen. Die Zeichnung wird also einem Anderen spaheshalber in Zahlung gegeben und der nimmt sie als gutes Geld an, worauf er über die Sache aufgefährt wird. Die Kunde aber, daß der Defregger-Franz, dessen Getrigel man sowieso schon für Teufelszeug hielt, Geld machen könne, hat sich wie ein Lauffeuer im Dorfe verbreitet; der Vorfall wird beim Amt angezeigt und der Junge lockt nun wegen Fälschung vor Gericht. Zum Glück war der Vater Defregger Gemeindevorsteher und konnte daher durch seine Ladung den harmlosen Hergang der ganzen Sache Marieren. Dem Sohne aber war ein gewaltiger Schrecken in die Glieder gefahren und seine Lieblingsbeschäftigung arg verleidet.

Die harte Wirklichkeit tritt zudem mit ihrem unerbittlichen Zwang bald an ihn heran; er muß als Knecht den ganzen Tag auf

dem Hofe des Vaters arbeiten; er wird stumpf und müde in der alltäglichen Treitmühle und die so früh so deutlich hervorgetretene Begabung scheint vergehen, verloren, vernichtet. Sie erwacht auch nicht leicht wieder in ihm, als der Vater stirbt und er nun Herr des Oberhofes wird. Da sieht er nun in Amt und Würden, als Amtsvorsteher auf statlichem Sitz, mit 12 Dienstknechten um sich; er ist eine gute Partie, nach der die Dorfjungen ausschauen. Aber in all dem fühlt sich der junge Bauer nicht wohl. Er ist nicht heimlich in dieser einsamen, engen Umgebung, in der seine Vorfahren gewaltet; er paßt nicht hinein in das ewige Wirtschaften, Markten und Rechnen. Der melancholische Träumer wird von den Viehhändlern überdostelt, von den Nachbarn mißachtet. Sein Ansehen bringt ihm keinen Segen, die Wohlhablichkeit hört auf, und in seiner Verbitterung, gründlich angeekelt von seinem Leben, will er nach Amerika auswandern. Aber auch darin hat er kein Glück, denn die, die mit ihm nach der neuen Welt ziehen wollten, lassen sich zum Bleiben bewegen, und allein mag er die Fahrt nicht wagen. Da endlich dümmert ihm in dem Labyrinth seiner inneren Unruhe, seiner dumpf gährenden Kräfte, ein Ansehen; in der Nacht seines Unglücks leuchtet ein ferner Hoffnungsschein auf aus längst vergessenen Kindheitstagen. Blühartig reißt in ihm der Entschluß; er will Bildhauer werden. Mit 24 Jahren verläßt er den Hof seiner Väter und zieht nach Innsbruck, der Landeshauptstadt, um bei Prof. Stolz das Zeichnen zu lernen. Der hält den kräftigen jungen Tiroler, der in Reberhofen, Joppe, Gurt und Bodenstrümpfen bei ihm eintritt, zunächst für einen Maurergefellen und ist höchlichst erstaunt, als der linksche, schäferne Geselle ihn bringend ansetzt, ihm doch das Zeichnen beizubringen, er werde alles zahlen. Er sucht ihn von seinem Entschluß abzurufen, hält ihm all die Schwierigkeiten vor, die einem schon so alten Menschen entgegenstünden, aber auf widerwilligen Bitten und Drängen verspricht er, es mit ihm zu versuchen. Während der Studien bei Stolz reißt nun in Defregger der Kunst-

blauen Block. Heute sehen wir, wie durch die Ungleichheit über die Reichsfinanzreform und die unglückliche Wahlreform das Volk auf die Straße zieht. Unter den Demonstranten sind hiesig Tausende und aber Tausende, die nicht der sozialdemokratischen Lehre angehören, die nun ihrerseits dokumentieren wollen, daß sie mit dieser ganzen Reichspolitik nicht zufrieden sind. Damals, als Fürst Bülow den Block der konservativ-liberalen Weltanschauung geschaffen, da haben wir, wie aus der sozialdemokratischen Lager die Intellektuellen zurückmarschieren zu den liberalen bürgerlichen Parteien, und heute — täuschen wir uns darüber nicht — haben wir die gegenteilige Erscheinung zu verzeichnen. Das ist ein Beweis dafür, daß die frühere Politik besser und die des schwarz-blauen Blocks schlechter ist.

Sehrmann schloß mit folgendem Ausblick in die Zukunft: „Ich fürchte, daß das Jahr 1911 ein übles Erwachen geben wird; wir sind der Meinung, daß die sozialdemokratische Saat unter der Sonne derer von Seydewitz und Brüggel spritzen wird. Diese Wahlen werden den Panzerrost des jetzigen Systems zeigen. Die nationalliberale Partei war stets eine schöpferische, aktive Partei, die in zufriedenstellender Weise immer den Interessen des Staates dienend gewirkt hat. Wie teil sie das heutige System einer reaktionär-kerisalen Politik und wenn die Zustimmung ausgesprochen werden sollte, diese Koalition beizutreten, so wird sie erklären, daß sie solche Ziele nicht danken, nicht begl.“

Die Amouren zwischen Konservativen und Zentrum

belaubtet gründlich und gut die „Nat. Lib. Korresp.“. Es heißt dort u. a.:

Die parlamentarischen, wie publizistischen „Begegnungen“ zwischen Schwarz und Blau spielen sich bisher meist in der Form ab, daß erst der eine etwas sagt oder tut und andere dann eifrig antworten. Die Fiktion des reinen Zufalls ließ sich hierbei noch einigermaßen aufrecht erhalten. Das wird aber kaum noch möglich sein, wenn die beiden Parteien hinfort gleichzeitig, wie auf ein gegebenes Zeichen, ihre Vorhänge unternehmen. Wir werden uns nicht von niemandem einreden lassen, daß dem so etwas wie Beratung zugrunde liegen könnte. Indessen gibt es belustigend auch weniger harmlose Naturen, die überall etwas Böses mitzern. Die konservativen und ultramontanen Organe sollen deshalb vorsichtiger sein. Wunder wird es doch auffällig finden, daß am Sonntag gleichzeitige „Germania“ und „Deutsche Tageszeitung“, die unseres Wissens immer noch getrennt redigiert werden, gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg die Beschuldigung richten, in Bismarckschen Absichten zu handeln, um ihn dann eindrucklich vor je geschicklichen Verwirrungen zu warnen. Die „Germania“ schreibt: „Die Erfahrungen, die Fürst Bülow mit dem Block gemacht hat, scheinen für Herrn v. Bethmann-Hollweg verloren zu sein. Wenn er ein „modern denkender Mann“ ist, wie ihm nachgerühmt wird, so hätte er sich von den Vorurteilen, auf denen die Bismarcksche Politik beruht, frei machen sollen.“ Und in nachschaffend zufälliger Nebeneinanderstellung läßt sich die „Deutsche Tageszeitung“ also hernehmen: „Vor allen Dingen aber möchten wir vor einem warnen, nämlich davor, daß die jetzige Regierung den Spuren des Fürsten Bülow folge.“ Zwei Seelen und ein Gedanke; der Gedanke nämlich, daß es jetzt Zeit sei zu der gemeinsamen Erstfindung, dem Ringeln mit den besonnenen Kräften der Konservativen und des Zentrums das Schicksal des Fürsten Bülow zu bereiten. Schade nur, daß nach den letzten Eindrücken der Ringeln nicht mehr der Mann kommt, der solchen plumpen Drohungen wider, am in der Unterordnung unter den Willen solcher modifizierender Parteien keinen Frieden zu finden. Es scheint wie mehr, daß sich auch zwischen ihm und der herrschenden Parteikonstellation eine „Begegnung“ vorbereitet, bei welcher allerdings weniger der „Zufall“, als die dira necessitas, die Staatsraison, ihre Hand im Spiel haben dürfte.

Die sozialpolitischen Forderungen der Handlungsgehilfen.

Unter Beteiligung von etwa 500 Delegierten aus ganz Deutschland trat in Leipzig im Krüppelpalast der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu seiner 26. Generalversammlung zusammen. Der Tagung lagen zwei Resolutionen vor. Die erste über den Abschluß des Jahresberichts und die Regelung der Kontarbeitszeit lautet: „Für Frage des Jahresberichts und der Regelung der Kontarbeitszeit sowie zur Errichtung einer besonderen Handlungsgehilfenbank die versammelten Handlungsgehilfen im Widerstreit zu dem Beschlusse des Handelstages dem Reichstage für ihre Interessen bisher entgegengebrachte Unterstützung. Sie erklären die Fortführung der seit einem Jahrzehnt, bis auf die Einführung der Kaufmannsgerichte, stehenden kaufmännischen Sozialreform für dringend erforderlich, wenn bei der angezeigten Tätigkeit des Handelshandels dem deutschen Handel ein gesunder, wirtschaftlich gesicherter, schaffensreicher Angelegenheit erhalten bleiben soll. In einer zielbewußten Sozialreform sehen sie eine der Vorbedingungen einer blühenden deutschen Volkswirtschaft.“ Die versammelten Vertreter von 94.000 deutschen Handlungsgehilfen legen gegen den Beschluß des Handelstages

klagen, Waler zu werden, und er macht so glänzende Fortschritte, daß schließlich der Professor den bereits zu einem tüchtigen Zeichner herangekommenen Walerbefehl dem großen Bild in München persönlich vorstellt. . . .

Neues vom Büchermarkt.

Derma Rang. Zusammenbruch. Roman. 4 Bände, geb. 12. (Verlag Hans Sander, Berlin). — Derma Rang entrollt hier ein Gemälde aus Kopenhagens Wandelzeit in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er schildert, wie der sich aufstrebende Drang nach Entwicklung die großstädtische, haderhaft erdige Stadt zu immer weiteren Unternehmungen zwingt, wie sie im Bau des „Victoria-Theaters“ das Symbol einer neuen Entfaltung zum Kunst, Nationalgefühl und Wachstumsgeist hat, eigener Kraft und eigenen Körpers jedoch fremd, sich durch Imitation, Talmi, Wendewette hinwegzudrückt, bis sie endlich in ihrer Leere, Unfähigkeit und Ermattung den Zusammenbruch nicht aufzuhalten vermag. Wie die Bevölkerung durch den englischen Krieg 1865 in ihrem Lebensruer viel zu tief getroffen war, um eine so reiche Wiederaufrichtung organisch zu erreichen, so können.

Das Fräulein von Seubert. von E. T. A. Hoffmann. Dieses viel geliebte Buch ist in der von Rudolf Brexler herausgegebenen Sammlung „Die Bücher des Deutschen Hauses“ in tollerischer Ausstattung, großem Druck auf holztypen Papier elegant gebunden, neu erschienen, und wird den Freunden des berühmten Erzählers hochwillkommen sein.

Verwahrung ein. Der Handelstag hat durch seine einseitige Stellungnahme von neuem die Notwendigkeit einer besonderen gesetzlichen Handlungsgehilfenvertretung bewiesen.“ Die zweite Resolution bezieht sich auf die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten und lautet: „Die Generalversammlung spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß nach den letzten Erklärungen aus dem Reichsamt des Innern das Gesetz über die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten nunmehr in Arbeit genommen ist und nach im Herbst des nächsten Reichstages vorgelegt werden soll. Die Generalversammlung ist besonders darüber erfreut, daß die Gesetzvorlage auf den Grundrissen der zweiten Denkschrift des Reichsamtes des Innern angebahnt werden soll und spricht die zureichende Erwartung aus, daß die Unternehmer in Handel und Industrie, wie jetzt schon von vielen ihrer Vertretungen versichert worden ist, bereit sein werden, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Die Angestellten sind bereit, die andere Hälfte mit etwa 4 Prozent des Gehalts selbst zu tragen. Die Generalversammlung bittet den Bundesrat und das Reichsamt des Innern, die Vorlegung des Gesetzes nach Möglichkeit zu beschleunigen; sie richtet ferner an die Staatsregierung die Bitte, durch rechtzeitige Anweisung ihrer Vertreter im Bundesrat im Sinne der Wünsche der Privatangestellten das baldige Ausarbeiten des Gesetzes zu fördern zu wollen. Die Generalversammlung spricht dem Deutschen Reichstage ihren Dank dafür aus, daß er bisher in einmütiger Geschlossenheit für die Pensionsversicherung der Privatangestellten eingetreten ist und bittet ihn um weitere tatkräftige Unterstützung bis zur Durchführung des großen Werkes.“

Diese Resolutionen sollen den Regierungen des Reiches und der Einzelstaaten zur Kenntnis gebracht werden.

Aus dem schon erläuterten Geschäftsbericht geht hervor, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre 69 neue Kreisvereine gegründet worden sind, jedoch der Verband gegenwärtig 704 Vereine umfaßt. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um ca. 15.000. Die Stellenvermittlung und die Rechtsauskunftsstelle des Verbandes wurden lebhaft benützt. Die Unterstützungsliste zählte an 708 Mitlieder über 35.000 Mark Unterstützung aus.

Die Verammlung beriet Johann das Thema: „Freie Hilfskassen und nahm eine Resolution an, die das Weiterbestehen dieser Kassen fordert. — Mit Genehmigung wurde beschlossen, daß die Einigungsverhandlungen mit dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband gescheitert seien. — Als Ort der nächsten Tagung wurde Hamburg gewählt und hierauf die Generalversammlung geschlossen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die dem deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe nachstehenden Hochblätter teilen neue Zahlen der ausgeperrten Arbeiter mit. Danach sind bisher als entlassen gemeldet worden: Im Königreich Sachsen 28.000, in Groß-Lohrungen 6.000, in Baden 25.000, im Frankfurter (mitteldeutschen) Bezirk 12.000, in Polen 4.100, in Mecklenburg 4.800, in Hannover 25.000, in der Lausitz 1.000, in Ostpreußen 2.800, in Westpreußen 4.500, im bairischen Bezirk 3.100, in Braunschweig 2.200. Diese 12 Bezirke haben demnach zusammen 70.000 Mann ausgeperrt. Die übrigen 15 großen Bezirksverbände (darunter Nord-, Nordwest-, Westdeutschland, Bayern, Württemberg, Thüringen, Provinz Sachsen, Brandenburg, Schlesien) werden ihre Zahlen noch im Laufe der Woche bekannt geben, ebenso die dem Bunde direkt angeschlossenen Ortsverbände.

Weiter heißt es in einer Rundgebung von Arbeitgeberseite:

Der Abfall des Berliner Verbandes von der gemeinsamen Sache wird den Kampf der handwerklichen Verbände etwas in die Länge ziehen, aber nicht ungenügend beeinflussen. Ausgeperrte Arbeiter werden weder von den Bauwerkstätten in Hamburg oder Berlin noch in den Nachbarstaaten Österreich, Schwiz, Belgien, Dänemark und Norwegen empfangen. Die großen Verbände der Industrie und der Verband der deutschen Tiefbauunternehmer werden ebenfalls jeden Bauarbeiter zurückweisen, so lange die Tarifbewegung ihren Fortgang nimmt.

Der in Berlin abgehaltene außerordentliche Kongress der Gewerkschaften, auf dem 18 Organisationen mit drei Millionen Mitgliedern vertreten waren, nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Der außerordentliche Kongress der Gewerkschaften Deutschlands spricht den ausgeperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Jurisdiktion dieser Bestimmungen erfordert das Selbstbehaltungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beschlossene Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der Kongress fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutsch-

Der Geist im Staat von Herbert von Berger. Gebietet 12. 120. (Fischer Verlag, Leipzig). — Die der Geist einer Nation eine ganz bestimmte Form des Staates entwirft, wie diese Formen sich in ihrer Vollendung angeleihen, wie schließlich der Staat als eine den Daleiskreis fernende Macht empfunden wird, das entwickelt diese entropen geistreiche Schrift.

Wismar in der Literatur. Ein bibliographischer Versuch von Arthur Singer, Wismar, Kurt Sabidisch (K. Sander's Verlag, Berlin, 4. 10. geb. 4. 12.). Eine verdienstvolle und mühsame Arbeit, die dem Historiker, Journalisten und in jeder Hinsicht gute Dienste leisten wird, die aber aus dem Fehlen der für Geschichte interessierten, eine reiche Kasse bietet. Ein langer Wirt der Ereignisse in den Wismariten über die einzelnen Zeiträume vorangeht, darauf folgt die Bibliographie der Wismar-Literatur, in der neben den deutschen alle erreichbaren internationalen Erscheinungen — mo notwendig mit kurzen Erläuterungen — angeführt sind. Einige interessante Bildungen leitener Wismariter und ein Anhang „Der Geist im Staat von Wismar in der Literatur“ veröffentlichen den Inhalt dieses wertvollen Buches, das für Wismar-kenner, Volktücker und für Freunde der Geschichte sehr nützlich sein dürfte.

Das Drama. Bd. 1: Von der Kunst zum französischen Klassizismus. Von Dr. Bruno Hille. Mit 2 Abbildungen. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-geisteswissenschaftlicher Darstellungen aus allen Schichten des Wissens. 12. Band. Verlag von H. S. Grieben in Leipzig. 8. 1901. (Preis geb. 1. 4. in Leinwand 1. 35. 4.) Eine zusammenfassende Darstellung des gesamten, alle bekannten Literaturen umfassenden Gebietes der Tr. G. Hille, geht auf zahlreiche Einzelerscheinungen und eigenes Studium der in Frage kommenden dramatischen Literatur, im Rahmen der bekannten Teubnerischen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ darzustellen unternommen. Indem er vorerst in dem von heute vorliegenden Bänden die Geschichte des Dramas von den rohen Anfängen vorwärtiger Zeit und seiner ersten Blüte im persischen Alter über Mittelalter u. Renaissance bis zum Höhepunkt des reinklassischen Dramas in Frankreich 1719 verfolgt.

lands auf, auch ihrerseits den Ausgeperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweißen.“

Nach langer Debatte wurde diese Resolution einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

— **Zanzenbergende.** Die Sammlungen für die „Zanzenbergende“ des Deutschen Ostmarkenvereins nehmen einen erfreulichen Verlauf. An größeren Beiträgen gingen bisher ein: je M. 1000 vom Fürsten Hensel von Donnersmarck-Schlog Reuders, Kaiserl. Geleandten z. D. Kaschau-Berlin, Herrn G. A. Abmann-Graz, Major a. D. v. Ziedemann-Seheim, Ungenannt-Berlin; M. 500 von Herrn Frh. Bodeker-Leipzig; M. 400 von Herrn Otto Aufsmann-Baldam; je M. 300 von Rechtsanwält Dr. Gilly-Leipzig, Geh. Kom. Rat Nordorf-Wilhelm (Ruhr), Kommerzienrat Bernhard Krawinkel-Solmerhausen, Geh. Reg. Rat Witting-Berlin; M. 200 von Dr. Heinrich Kolling, z. St. Rom. Je M. 100 stifteten folgende Herren: Johannes Merd-Hamburg, Oberbürgermeister Dr. Georg-Leipzig, Kommerzienrat Gadenicht-Leipzig, Privatier Schöppenthau-Berlin, von Brand-Gandstadt, Geh. Kommerz. Rat Vorjay-Köln, Kommerzienrat C. Bartling-Wiesbaden, Baron von Koppy-Breslau, Geh. Rat Veit-Marburg, Marggraf u. Engel-Wolfswinkel, Bergrat Kleine-Dortmund, Rittergutsbesitzer Major a. D. Beide-Stonsdorf, Rentner Jungbenn, M. d. K. Bismersdorf, Freiherrn von der Goltz-Großlesendorf, William From, G. m. b. H., Stolberg-Majoratsbes. von Rieler-Weina, Oberleutnant a. D. Auer von Herrenkirchen-Wiesbaden und Frau Frieda Vuhl-Weideseim, Rechtsanwält Schäfer-Bernburg, Carl Hynplich-Wilhelm (Ruhr). Zahlungen werden entgegengenommen von den Kaffieren der Ortsgruppen des Deutschen Ostmarkenvereins, wo solche vorhanden sind und von der Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berlin W. 8. Unter den Linden 35, von dem Postbesorger Berlin N.W. 7 (Postfachnummer 4696). Bei Einendung durch die Post wird gebeten, auf dem Postabdruck zu vermerken: „Spende für den Ostmarken-Verein.“

— **Aus der Partei.** In Posen fand am Sonntag der erste Nationalliberale Parteitag für die Provinz Posen statt. In einer an die vertraulichen Beratungen der Vertrauensmänner sich anschließenden öffentlichen Versammlung sprachen die Herren Reichstagsabgeordneten Fuhrmann über Reichspolitik und Dr. Hähling über die Arbeiten im preussischen Abgeordnetenschaule. Beide Redner fanden auch hier lebhaften Zustimmung der zahlreich erschienenen Zuhörer. — An die Abg. Waffermann und Dr. Friedberg wurde folgendes Telegramm gefandt:

„Die zum ersten Delegiertentag versammelten Vertreter der nationalliberalen Partei in der Provinz Posen melden die endgültige Konstituierung des nationalliberalen Provinzialverbandes Posen und sprechen den kampferprobten Führern der Partei Vertrauen und begeisterte Zustimmung zu dem Verhalten der Partei in den Fragen der Reichsfinanzreform und der preussischen Wahlreform aus.“

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 26. April 1910.

* **Handelshochschule.** Anstelle des verstorbenen Hauptamtlichen Logen, Herrn Professors Dr. Bau, hat der hauptamtliche Dozent, Herr Dr. Altmann die Vorlesung „Allgemeine Nationalökonomie“ — beginnend am Montag, den 2. Mai 1910, nachmittags 3 Uhr im Saal 1 — übernommen. — Wegen der am Mittwoch, den 27. April, vormittags 11 Uhr stattfindenden Eröffnungsfest der Sommerferien müssen die in der Zeit von 11 bis 1 Uhr angeordneten Vorlesungen und Vorträge ausfallen.

* **Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.** Wie uns von der hiesigen Ortsgruppe mitgeteilt wird, beruht die Angabe, daß die Herren Direktor Dr. Blum und Glasermeister Hamerdin zum Vorstand der Ortsgruppe gehören, beruht auf einem Irrtum.

* **Strachenmühlende.** Vom Grund- und Hausbesitzerverein Stadteil reich des Redars wird veröffentlicht: Die Beschlüsse des hiesigen „Gr“ in Nr. 186 des Generalanweises über das Behalten der Jungens auf den Straßen sind leider nur zu berechtigt. Auf Schritt und Tritt begegnet man an Straßen, Brücken und Höfen häßlichen und unflätigen Ritzereien und die viele weit widerwärtiger sind als wenn ein Heinißel an einem Straßker herbeiritt, so sollte die Polizei ein maßvolles Auge auf die Beschädiger haben und die baldige Entfernung der Schmierereien veranlassen. Obgleich Schlimm aber ist der Fall, der besonders abschreckend ist in die Nacht hinein auf den Straßen der Unterhalt der Schwimmbad- und Redarstraße beruht. Das ist oft ein Leben und Schreien, das einem Hören und Sehen vergeht. Was helfen die Beschlüsse über Größe der Beschränkungen, wenn man Fenster und Türen zur Abhaltung des Lärmes geschlossen halten muß. Da liegt

Die großen Hassen, (Wassila, Vermont, Vogel, Turgenjem, Tolstoj, Tolstoj und Tolstoj) Eine Auswahl aus ihren Werken in neuer Uebersetzung, mit Einleitungen und Vorwörtern von Alexander Glasberg. Ouzpi u. Gammann, Leipzig. — Gedanden 4. 25. Das vorliegende Buch vertritt durch eine Auswahl charakteristischer Stücke ein lebensvolles Bild der letzten vergleichbaren literarischen Epoche des Jahrhunderts zu geben. Es hat einen bewährten Herausgeber in Alexander Glasberg gefunden, der als Kenner und Uebersetzer russischer Literatur einen bekannten Namen hat; durch seine Uebersetzung der Originals wurde ein maßvoller Text gewonnen, durch seine biographischen und über das Leben der Dichter orientierenden Einleitungen eine klare Uebersicht geschaffen. Der Band ist mit den Vorwörtern der Dichter nach Gemälden berühmter russischer Maler in vorzüglicher Reproduktion am Klappband gebunden.

Die vier Evangelien. Deutsch, mit Einleitung und Anmerkungen von Dr. Heinrich Schmidt (Jena), Lohmannsche, 4. 12. 1909. (Preis 1. 4. Alfred Kröner, Leipzig). Das die Führer der neuen Bewegung zu einer freien Religionsauffassung nicht gewillt sind, den veralteten und kulturfernen Dogmen und Einrichtungen des Christentums auch besten merkwiligen Fleiß überford zu werfen, zeigt die vorliegende Ausgabe der vier Evangelien, die von Dr. Heinrich Schmidt in Jena befragt ist, dem Freund und Mitarbeiter Ernst Dardels. Der treffliche Kampf des Christus Jesus gegen die positive Religion des Judentums ist für Dr. Schmidt notwendig für den Kampf gegen die positive Religion des dogmatischen und kirchlichen Christentums. Aber auch davon abgesehen: die Figur des hilfbereiten Gekerkten, des weisen Lehrers, des eifernden Propheten, der gegen die verheerete Religion und Moral der herrschenden Weltanschauung kämpft und in diesem Kampf ein ständiges Opfer nimmt, diese Figur, so mag historisch oder eckelhaft sein, muß zu jedem Herzen sprechen, das sich für reine Menschlichkeit und tragische Größe begeistern kann.“ Eine umfangreiche Abhandlung und Einleitungen zum Text helfen die Elemente des Christentums in die religionsgeschichtliche Entwicklung, welche die Geschichte der letzten Jahre in ja reichem Maße erbracht hat.

man die Aufforderung „Schonst die Jugiter“ — „Gedenket der hängenden Bogen“ — aber nirgends liest man: „Schonst die Bogen“ — „Gedenket der hängenden Bogen“, obgleich das oft weit wichtiger wäre. Wehe den Kranien, die aus diesem Dextersabbat sich nicht schütten können. Zu diesem Ainderlärm kommt am Vormittag das Klagen und Säulen der Kanister und nachher das Singen und Spektakulieren der aus der Kneipe Heimkehrenden. Das ist zu viel für gesunde, gesunde denn für überreizte und kranke Nerven. Freilich ist die Jugend bei dem Mangel an Spielplätzen auf die Straße angewiesen. Es wäre daher zu wünschen, wenn nicht nur im Park, sondern auf anderen leeren Plätzen, Sandbänken belagert würden. So ein Sandbänken ist der willkommenste Spielplatz, da formen und modellieren, baden und bauen sie und — schmeißen. Aber auch auf der Straße könnten sie spielen, ohne auch großer Gefahr zu laufen. Sie freilich ohne zu wissen, daß sie ihre Mitmenschen belästigen und gesundheitlich schädigen. Eltern und Lehrer sollten daher der Jugend beibringen, daß sie auf ihre Mitmenschen Rücksicht zu nehmen haben und wo Maßnahmen nicht helfen, mit Strenge einschreiten. So wie in Sparta sollten Erwachsene ungenügend Jungen einen Denksatz verabreichen, mindestens aber die Schreibstille zur Ruhe verweisen. Auch das Einbreiten der Poller wäre wohl manchmal ebenso angebracht, als wenn einer im Schloßgarten auf einer Bank ein Schloß macht. Bei alledem guten Willen ist es gewiss möglich, auch hinsichtlich der angeführten Mißstände, die hier weit mehr, wie in anderen Städten sich sichtbar machen, Besserung zu schaffen.

Als Mitglieder des Stiftungsrates des von Pusch'schen Armenfonds wurden in heutiger Tagfahrt vom Bürgerausschuß die Herren Georg Wahl, Privatmann, August Scheubli, Privatmann und Fritz Witzler, Kaufmann, gewählt.

Als Mitglieder des Stiftungsrates der Friedrich Reiff-Stiftung wurden vom Bürgerausschuß in heutiger Tagfahrt gewählt die Herren: Karl Reiff, Geh. Kommerzienrat, Josef Patzenstein, Stadtrat und Viktor Darmstädter, Stadtrat.

Explosion in der Anilinfabrik. Gestern nachmittags erfolgte in einem Verflüchtungsapparat zum Trocknen von Salzen aus einem noch unvollständigen Gemenge eine explosionsartige Entzündung, durch welche ein Chemiker und ein Arbeiter im Gesicht verletzt wurden. Die Verletzungen des Chemikers sind ganz geringfügig. Bei dem Arbeiter ist der Verlust eines Auges zu bezagen. Lebensgefahr besteht nicht.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Program der Schüler des Pianisten Heinrich Lenz. Das reichhaltige Programm dieser Veranstaltung, die sich eines überaus hohen Besuches zu erfreuen hatte, grupperte sich um die zwei bedeutungsvollen Namen Mozart und Beethoven und erwarbte den ersten Beweis, daß in der Schule des Herrn Lenz mit Beharrlichkeit und Energie gearbeitet wird. Sämtliche Schüler erschienen technisch und musikalisch gefordert und zeigten ihrer Besetzung entsprechende, mehr oder minder reife Leistungen.

Franz Herbert, Kurt Weibel, H. Leiser und H. Streibl eröffneten den Abend mit einem Quartett aus Mozarts „Titus“. Das Zusammenspiel war im ganzen recht anerkennenswert. H. G. A. u. B. spielte das Menuett aus der „Liedersammlung“ von Mozart zwar etwas verzagt, aber im übrigen mit gutem Ausdruck. Eine gute Leistung boten H. Streibl und H. Leiser mit der „Liedersammlung“ op. 3 Nr. 1, die technisch und musikalisch recht anerkennenswert gedeutet wurde. In der „Liedersammlung“ (mit frei hinzubehandeltem Slavter von Grieg) stellte sich der Mittelteil, gespielt von F. Oberle und H. R. J. J. in der Ausführung am höchsten. Aber auch H. R. J. J. und H. R. A. u. B. sowie O. Schifferdecker und H. A. Herbert boten in den Schönen Ainerkennenswerten, obwohl das einleitende Allegro zu gehetzt genommen wurde.

Der zweite Teil des Programms war Grieg gewidmet und hier wurden fast ausschließlich sehr moderne Leistungen geboten. Herr Schreier spielte „Waldesriede“ und „An's Vaterland“ bezeichnend. H. G. A. u. B. spielte das Menuett aus der „Liedersammlung“ op. 38 sehr wohl und einheitlich. H. A. Herbert spielte außerdem „Hochzeitstag auf Trödelwegen“ mit bemerkenswerter Kraft. Ein hochinteressanter Schüler ist Herr Fr. Reisch. Mit keiner musikalischen Ausbildung hat sich Herr Reisch ein ganz besonderes Verdienst erworben, das um so höher zu schätzen ist, als Fr. Reisch vollständig erblindet ist und die Arbeit seines Lehrers deshalb doppelt mühsam war. Aber der ideale Erfolg ist Lohn, der reichlich lohnt. Herr Reisch bot uns Herrn Lenz Mozarts „Liedersammlung“ (Bearbeitung von Steiberg) und allein „Schmetterling“, „Trotz“ und „An den Frühling“ von Grieg in einer Weise, Sondernheit der Technik, Klarheit der Vortragung und einem Reingefühl des Vortrags, die zu den allerbesten Leistungen berechnen und den lebhaften Beifall gerechtfertigt erscheinen ließ. Den diese Darbietungen ermöglichten. Mit der für Piano zu 8 Händen gebotenen Orchesterstücke zu „Der Baum“ beifolgt Herr Fr. Reisch, H. A. Herbert, E. A. u. B. und M. J. J. den Abend. Das Ensemblespiel war ein sicheres, und die einzelnen Teile wurden auch gut charakterisiert.

Als Lokal-Einlage in der Pause spendete Herr Valentin Deusch das bekannte „Rosenkranz“, von dem, sowie „Wein und Wein“ von S. Böhm. Der Sänger besaß über einen umfangreichen Vorrat, der bei entsprechender Weiterbildung zu schönen Hoffnungen berechtigt.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 69. Sitzung.

J.W. Karlsruher, 26. April.

Der Präsident eröffnet kurz nach 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch sind anwesend: Ministerialdirektor Göller, Geh. Rat Dröger, Ober-Forsttrat Gretsch und Regierungskommissionär.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Fortsetzung der Beratung (Spezialberatung) über das Budget Gr. Finanzministeriums für 1910 und 1911, Ausgabeteil 4, Einnahmeteil 1, Forst- und Domänenverwaltung und damit in Verbindung über die Petition des Evangel. protest. Kirchengemeinderats Schopfheim, die Unterhaltung des evangelischen Pfarrhauses in Schopfheim betr., Berichterstatter: Abg. Sängler. 2. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über a) das Spezialbudget Gr. Oberrechnungskammer für 1910 und 1911 und damit in Verbindung über die Petition der Rechnungsoamen der Oberrechnungskammer um Befreiung ihrer derzeitigen Beförderungsverhältnisse, b) die Denkschrift Gr. Oberrechnungskammer über die Ergebnisse der Rechnungsabklärungen in den Geschäftsjahren 1907/08 und 1908/09, Berichterstatter: Abg. Reuhaus. 3. Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, die Jugendfürsorge betr., Berichterstatter: Abg. Wächner.

Sekretär Abg. Köhler gibt dem Hause die neuen Eingänge bekannt, eine Petition. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Oberforsttrat Gretsch: Die Forstverwaltung hat ihre Tätigkeit in der Stille vollzogen und sie hat sich bei der Mehrzahl der Gemeinden großes Vertrauen erworben. In dieses schöne Vertrauens-Verhältnis ist in letzter Zeit ein Bruch eingetreten. Man sucht in Zeitungsartikeln die öffentliche Meinung zu gewinnen mit der Behauptung, daß wir rückständig sind. Diese Behauptung hat mit dem Antrage des Grafen Löring in der bayerischen Reichstagskammer eingeleitet. Dieser Antrag bezog sich mit einer anderen Richtung. Unsere Erträge sind fast doppelt so hoch wie in Bayern. Ein Vergleich und die Behauptung unserer Rückständig-

keit ist daher nicht gerechtfertigt. Wir sind vom Jahr a. Stagnation auf Herz und Nieren geprüft worden und zwar mit dem Erfolge, daß er zu der Ansicht kam, daß noch höhere Nutzung nicht zu erzielen sei. Die gestrigen Redner haben ihre Ausführungen auf Grund der Prospektur gemacht, auf deren Inhalt ich daher eingehen muß. Vorher möchte ich Ihnen einen Tätigkeitsbericht geben. Zu einer größeren Nutzung gehören vor allem Waldwege und die Kenntnis der wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Gegenden. Ueberhaupt muß man die ganze historische Entwicklung verfolgt haben. Wir können in unserer Forstwirtschaft 3 Perioden unterscheiden. 1. die der 60er Jahre mit einem großen Brennholzbedarf, 2. die der 70er Jahre mit dem Bedarf an Grubenholzern und die heutige Zeit. Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Forstverwaltung die Zeiten verstanden hat. In den 60er Jahren mit seinem Aufschwung haben wir mit dem Begebau begonnen und in den 80er Jahren rege fortgesetzt, um den Verkauf rentabler gestalten zu können. In dieser Zeit sind beinahe die Hälfte aller Domänenwälder mit Wegen versehen. Auch die Gemeindeverwaltungen haben ein gleiches getan. Es ist das ein Aufwandsstück für die Einsicht unserer Gemeindebehörden. Dieser intensive Begebau hat direkt eine neue Wirtschaft inaugurirt. Die Einnahmen sind von den 50er Jahren bis jetzt von 4,7 Mill. auf 9 Millionen gestiegen. Es ist eine Tatsache, daß eine ständige Steigerung der Intensivität erfolgt ist. Es fragt sich nun, ob dies genügend war. Wir haben einen Zuwachs von rund 4070000 Hektometer zu verzeichnen. Wir sind nach 30 Jahren dahin gekommen, daß wir ein Klein wenig über das angenommene Maß nützen. Das gleiche ist in den Gemeindeverwaltungen der Fall. Wir besitzen einen Vorrat von 8 Millionen Mark in Holz. Es ist ein Irrtum, wenn man der Meinung ist, daß die Nutzung des Holzlandes eine neue Erfindung ist. Es werden jährlich 350000 Hektometer abgenutzt. Die Abnutzung ist da am intensivsten, wo die Bestände am besten aufgefördert sind. Im Odenwald werden allein 50 Prozent der Holznutzung gewonnen. Dann kommt die Bodenseeregion und der Schwarzwald. Was die Antriebszeit anbelangt, so ist nur bei 60 Prozent der Domänen-Wälder eine Zeit von 120 Jahren, bei dem übrigen Teil ist die Zeit geringer. Die Forstwirtschaft muß auch volkswirtschaftliche Rücksichten nehmen, muß daher dem Bedarf an Stammholzern gerecht werden. Unsere alten Forstbestände stehen hauptsächlich auf Kahl, sind daher bis ins hohe Alter gesund. Wir haben schon in unserer Denkschrift darauf hingewiesen, welchen großen Wassermangel unsere alten Bestände haben. Aus dieser Statistik geht hervor, daß unsere Lannen im geschlossenen Stande mehr Zuwachs zeigen als in lichten Beständen. Das sind wissenschaftliche Feststellungen. Auch die Behauptung von einem geringeren Wassermangel werden von einer exakten Untersuchung widerlegt. Es ergibt sich auf den Hektar ein Zuwachs von 150 bis 250 Mark. Wenn ein Wald von Wegen nach nicht erschlossen ist, so ist es ein Finanz- und forstwirtschaftliches Verbrechen, keine vorzeitige Nutzung eintreten zu lassen. Redner geht dann auf die erschienenen Beschwerden ein und widerlegt die einzelnen Behauptungen. Greifen wir in unseren Mittelstand hinein, so kommt das späterhin mit der Verminderung der Rente gleich. Wir werden später ein Mangel an Stammholzern haben und das angeht in der Aufsicht stehenden Konsumenten, Aufrihtung von Kraftwerken usw. Die von dem Verfasser angegebenen Bestände an Holz sind gar nicht vorhanden. Die Verfasser der Schriften haben es auch unterlassen, auf die Zukunft hinzuweisen. Unsere Kräfte sind nicht in eine ernste und gerechte Würdigung eingetreten. Es ist nur eine Verneinung der öffentlichen Meinung. Ich muß dagegen protestieren, daß wir rückständig sind.

Geh. Rat Göller: Wir stehen vor der Entscheidung einer wichtigen Frage. Ich habe deshalb es für notwendig erachtet, daß auf die Vorwürfen von der Forstverwaltung eingehend geantwortet wird. Wir befinden uns in einer schwierigen Lage. Es wird behauptet, daß so und so viel Millionen parat liegen, die nur genommen zu werden brauchen. Gegenüber diesen lösenden Ansichten muß das Finanzministerium eifrig prüfen, ob die Schätze wirklich gehoben werden können und ob das Finanzministerium die Verantwortung übernehmen kann. Hier drängt sich die Beobachtung auf, alle Redner haben mit mehr oder weniger Bestimmtheit die Behauptungen der Prospektur als erwiesene Tatsachen angenommen. Nach den oben gestellten Ausführungen erscheinen die Behauptungen aber als zweifelhaft. Daraus ergibt sich für das Finanzministerium die Notwendigkeit, nur mit größter Vorsicht daran heranzutreten. Ich habe nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß unsere Oberförstbehörde nicht genügend wissenschaftlich und volkswirtschaftlich nicht auf der Höhe ist. Ich möchte nicht so weit gehen, daß ich die Anregungen ganz ablehne. Es sind Anregungen, die geprüft werden können. Ich hoffe und vertraue, daß einmal in diesem Sinne eine Untersuchung zu einer Verdrückung unserer Verhältnisse führen wird. Ein übertriebener Beschluß könnte schwere und dauernde Schäden herbeiführen, die später nicht wieder gut zu machen sind. In der Forstverwaltung können wir uns leicht dem Verneinung aussetzen, konsequenter zu sein als zu radikal. Die Frage der Schaffung eines Reservefonds soll man nicht übersehen. Der Abg. Duffner hat ausgeführt, daß die Ereignisse wieder den Volke zugestehen werden sollen. Das ist auch der Standpunkt, den die Regierung einnimmt. Der Reservefonds würde aber dadurch keine praktische Anwendung finden. Ich halte den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, an eine größere Ausdehnung der Wälder heranzugehen. Wir haben schon jetzt den Begebau ausgiebig betrieben, ohne ein Reservefonds zu bedürfen. Das, was der Fonds sein soll, haben wir bereits in unseren Wäldern. Ich kann darum ein dringendes Bedürfnis nicht anerkennen. Es würde nur ein Unweg für unser heutiges Verfahren sein. Wenn besondere Zustände eintreten, so haben wir in den umfangreichen Betriebsbeständen immer noch ein Mittel, das ausreicht wirkt. Der außerordentliche Holzschub, der im Budget vorgezogen ist, erfolgt nur aus finanziellen Gründen. Zur Schaffung eines Reservefonds liegt nach meiner Ansicht keine Veranlassung vor. Sollte der Antrag angenommen werden, werden wir ihn einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Abg. Gierich (konf.): Die Ausführungen des Geh. Rat Dröger haben uns durchaus befriedigt. Wir sind der Ansicht, daß der Reservefonds im Walde erhalten werden soll.

Abg. Reuhaus (natl.): Der eingebrachte Antrag über die Ausnutzung der Kahlgründe entsprach dem, was schon früher unsere Abgeordneten Sängler und Pfefferle vorgebracht haben. Wenn die nötige Wahrung der allgemeinen Interessen durch die Regierung erfolgt, so sind wir damit einverstanden. Den ersten Teil nehmen wir daher an. Mit dem zweiten Teil, den der staatlichen Regie, wollen wir uns jetzt nicht befassen und lehnen es ab, dieses Prinzip heute grundsätzlich auszusprechen. Wir behalten es uns vor, die ganze Entwicklung der Kahlfrage abzuwarten. Nun zu den Fragen unseres Waldes. Den Ausführungen des Oberforsttrats Gretsch können wir zustimmen. Ich habe mir aus den Prospekturen in wenig wie möglich zu eigen zu machen gesucht. Ich habe die Zahlen der Denkschrift zu Grunde gelegt. Daraus geht hervor, daß tatsächlich große Ueberbestände vorhanden sind. Doch ist das Zahlenmaterial der Regierung aus sehr schwachen Grundlagen. Dies soll nicht ein Vorwurf sein gegen die Tätigkeit

der Taxatoren. Da wir einen großen Uebervorrat an Holz besitzen, so soll der sich ergebende Ueberfluß zu Staatszwecken verwendet werden und vor allem zur Bildung eines Reservefonds. Dieser soll zur Regulierung von Schwankungen verwendet werden. Ich möchte nochmals bitten, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Reuhaus (Str.): Wir haben uns durch die Ausführungen des Herrn Regierungsdirektors überzeugen lassen, wir werden daher gegen den Antrag Reuhaus, die Schaffung eines Reservefonds, stimmen. Was der Antrag Gierich, die Kahlgründe betr., betrifft, so hat der Abg. Reuhaus gemeint, daß man dem Antrag im Allgemeinen zustimmen könnte, aber nicht dem Antrag auf Ausbau in staatlicher Regie. Ich glaube, daß eine Trennung des Antrags nach seinem Wortlaut nicht möglich ist. Es ist nur darin der eine Gehalte ausgesprochen für staatliche Regie. Auch wir möchten uns heute noch nicht dahingehend festlegen. Da empfehle ich eine Aenderung des Antrages im Wortlaut.

Abg. Gierich (Konf.): Der Abg. Reuhaus hat insofern Recht, als unter Antrag in der Tendenz bezweckt, dem Privatunternehmer zuzugestehen. Ich möchte daran erinnern, daß wir vor 12 Jahren aufgetreten sind und den Staat gewarnt haben, die Wasserkräfte den Privaten zu überlassen, aber das hat nichts genützt, doch treffen unsere Anschauungen mit denen des Abg. Reuhaus zusammen, daß, wenn die Ausbeutung von den Kahlgründen zu gering ist, der Staat sich nicht engagieren soll. Ich bin mit der Aenderung des Abg. Reuhaus einverstanden und ziehe den Antrag meiner Fraktion zurück.

Abg. Reuhaus (natl.): Wir sind grundsätzlich der Ansicht Reuhaus' und werden diesen Antrag zustimmen.

Darauf wird die allgemeine Debatte geschlossen. Die Budgetpositionen werden einstimmig genehmigt. Die Petition des evangelischen Gemeindefreiwirtschaftsrats in Schopfheim wird der Regierung überwiesen. Darauf wird die Abstimmung vorgenommen über die verschiedenen Anträge. Zuerst wird abgestimmt über den ersten Teil des Antrages Benedy, die Besteuerung der Domänenjagden betreffend. Dies wird einstimmig genehmigt. Darauf erfolgt die Abstimmung über ein Amendement des Abg. Duffner (Str.), die Gewährung von Jagden an Oberförster betreffend. Dieser Antrag wird mit 31 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Darauf wird der zweite Teil des Antrages Benedy, die Jagden der Oberförster betr., mit Mehrheit angenommen. Der ganze Antrag Benedy wird einstimmig genehmigt.

Der Antrag Reuhaus-Pfefferle, die Schaffung von Schutzgebieten für einheimische Tiere und Pflanzen betreffend, wird einstimmig angenommen.

Der fernere Antrag Reuhaus, dahingehend, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines Forstreservefonds, wird mit 34 gegen 23 Stimmen angenommen; dafür stimmt einstimmig der Großklub und als einzelner vom Zentrum der Abg. Duffner.

Der Antrag Reuhaus, die Regierung zu ersuchen, eine Denkschrift auszuarbeiten über das Vorkommen von Kahlgründen in Baden und Mittel zur Nachforschung, wird einstimmig angenommen.

Abg. Reuhaus erachtet den Bericht der Budgetkommission zu dem Spezialbudget der Oberrechnungskammer für die Jahre 1910 und 1911, sowie zu der Denkschrift der Oberrechnungskammer vom 24. November 1909, die hauptsächlichsten Ergebnisse der Rechnungsabklärungen in den Geschäftsjahren 1907/08 und 1908/09 betr., 1. Die Budgetkommission beantragt zu genehmigen: a) die Ausgaben im ordentlichen Etat im Betrage von 244 880 M., sowie die Einnahmen im ordentlichen Etat im Betrage von 520 M. für 2 Jahre; b) über den Gegenstand in abgefügter Form zu beraten. 2. Die Budgetkommission beantragt: a) Hohe Zweite Kammer wolle erklären, daß sie die Denkschrift der Groß. Oberrechnungskammer vom 24. November 1909 zur Kenntnis genommen und beanstandende Bemerkungen dazu nicht zu machen habe; b) über den Gegenstand in abgefügter Form zu beraten.

Präsident Reuhaus: Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Pfefferle (natl.) vor dahingehend, die von der Regierung gestrichenen 8 Stellen wieder einzusetzen.

Abg. Pfefferle (natl.) begründet den Antrag in längeren Ausführungen.

Abg. Kopf (Str.): Aus grundsätzlichen Erwägungen werden wir gegen den Antrag stimmen. Wir glauben, daß die von der Regierung angegebenen Gründe sich nicht halten.

Abg. Witzmann (Str.): Ich nehme einen anderen Standpunkt ein als mein Fraktionskollege. Ich werde aus grundsätzlichen Erwägungen für den Antrag stimmen.

Abg. Kolb (Konf.) bittet, den Antrag abzulehnen. Gleichfalls der Abg. Dr. Heimbürger (Sp.).

Abg. Vogel-Mannheim (Sp.): Der Herr ist von der Regierung bei dem Gehaltsstuf gemacht worden. Diesen hat man von den freien Stellen abhängig gemacht und nun will man die freien Stellen streichen.

Ministerialdirektor Göller: Ich bitte, den Antrag Pfefferle abzulehnen. Diese Vorüberstellungen sind nicht notwendig, da von allen Beamten dieselbe Arbeit geleistet werden muß. Wenn von einer Befreiung von freien Stellen gesprochen werden ist, so beruht dies auf einem Irrtum. Die freien Stellen sind eine Kategorie für sich.

Abg. Pfefferle erhebt nochmals, seinen Antrag anzunehmen.

Darauf wird die Abstimmung vorgenommen. Der Antrag wird mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Das Spezialbudget und die Denkschrift wird einstimmig angenommen. Ueber die Petition der Rechnungsoamen der Oberrechnungskammer wird zur Tagesordnung übergegangen.

Abg. Wächner (Str.) schließt den Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf die Jugendfürsorge betr. Der Gesetzentwurf wird einstimmig genehmigt.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag vormittags 9 Uhr statt. Tagesordnung: Petition der Kassehausbesitzer Mannheim und anderer Städte.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 26. April.

Oberbürgermeister Martin eröffnet um 4:25 Uhr die Sitzung in Anwesenheit von 100 Mitgliedern.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Erwerb und Veräußerung von Liegenschaften. Angefordert werden 95 500 Mark zur Erwerbung von 28 Grundstücken.

Ein-W. Kulba begründet kurz die Vorlage. Die Grundstücke auf Gemarkung Walfahrt, die erworben wurden, ragen in die Gemeinde Feudenheim hinein. Vielleicht wäre es möglich, den Grund anzugeben, warum der verhältnismäßig hohe Preis angelegt wurde. Die übrigen Preise seien in der Hauptsache angemessen. Der Stadterordnungsreferent empfiehlt die Annahme der Vorlage mit dem Ersuchen, bei dem einen Pacht noch einen besseren Preis herauszuschlagen.

Ein-W. Hub meint, mit 35-40 Bg. seien die Walfahrt Keller noch genug bezahlt. Die Stadt lege 60-75 Bg. an. Ziel-

leicht ließe sich bei einer Versteigerung ein besserer Pachtzins erzielen Man sollte unter die ortsüblichen Pachtpreise nicht heruntergehen

Oberbürgermeister Martin weist darauf hin, daß man bei den Pachtpreisen auf die Auslagen der Sachverständigen höre. Die Stadt suche Gelände zu kaufen, wo es nur möglich sei. Private würden auch Gelände ankaufen und zahlten unter Umständen noch einen höheren Preis als die Stadt.

Stv. Postfater weist auf den kolossalen Unterschied zwischen dem Steuerwert und dem Verkaufswert bei einem Grundstück auf der Rheinufer hin. (Steuerwert 896 M., Verkaufswert 7800 Mark.)

Oberbürgermeister Martin stellt fest, daß es sich um die Steuerinschätzung nach dem landwirtschaftlichen Wert handle. Die Firma Lang habe in nächster Nähe 8 M. für den Quadratmeter bezahlt, während die Stadt nur 1,88 M. anlege.

Stv. Kehler findet die Preise für das Wallstädter Gelände nicht zu hoch.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, daß die amtliche Schätzungskommission sich dahin ausgesprochen hat, daß die Preise für Wallstadt gerecht seien.

Stv. Lebt erklärt sein Einverständnis mit der Vorlage. Die Stadt könne nicht genug Gelände ankaufen. Er gebe zu, daß es außerordentlich schwer sei, bei Geländeankäufen den richtigen Preis herauszufinden.

Stv. Wattenstein macht darauf aufmerksam, daß man den Steuerwert dieser Gelände nicht mehr in Betracht ziehen könne, da dieser zu weit zurückliege.

Stv. Seiler gibt Aufschluß über die Geländeerwerbung auf der Rheinufer. Der Preis sei nicht zu hoch. Der Steuerwert sei veraltet.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Erweiterung des Gaswerks Lusenberg.

Angefordert werden 1785 516 M. zur Ausführung der Teile 1, 4, 5, 7, 10 und 11 des Projekts (Kohlenförderanlage, Eisenanlage, Aufkautbereitungsanlage, Reinigeranlage, Anbauten und Inleitung zur Stadt).

Stv. R. Kulla begründet die Vorlage. Der Stadtverordnetenrat könne die Vorlage nicht empfehlen. Einer derartigen „Palast“ hätte man in Mannheim noch nicht gesehen. Es sei eine wahre Ruine. Der Preis scheine ihm für ein Grundstück, das ganz am äußersten Ende der Welt sei (Stv. Wattenstein ruft: „Ho! Heiterkeit!“) viel zu hoch, der Boden der Eigentümer, sie hätten einen Reichtum in dem Grundstück, müsse zerstört werden. Er bitte den Stadtrat, die Vorlage zurückzugeben.

Stv. Anselm ist nicht der Ansicht des Vorredners. Solange er im Bürgerausschuß sei, habe er vom Stv. R. Kulla noch keine übertriebene Beurteilung einer Vorlage gehört. (Weiterkeit.) Der Preis für das Grundstück sei nicht zu hoch. Er möchte bitten, im Interesse der armen Eigentümer die Vorlage anzunehmen. (Sehr richtig.)

Stv. U. kann sich auch nicht auf den Standpunkt des Stv. R. Kulla setzen und empfiehlt die Vorlage des Stadtrats zur Annahme. Er bitte Stv. R. Kulla nicht recht geben, wenn er sage, das Haus sei am Ende der Stadt. Wenn die Vorlage angenommen werde, könne eine schöne Straße hergestellt werden. Er erlaube um Annahme der Vorlage. Werde sie jedoch abgelehnt, so müsse man sich über kurz oder lang eine Straße bauen.

Stv. Hoffstätter meint, nach der Rede des Vorredners bleibe ihm nichts mehr zu sagen übrig. Die alten Gebäude, die in die Straßen hineintragen, sollten nach Möglichkeit beseitigt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stv. V. Seib führt aus: Wenn wir der Ansicht sind, daß uns etwas zu teuer ist, so müssen wir es doch sagen. Wenn der Bürgerausschuß jedoch anderer Ansicht ist, so haben wir nichts dagegen.

Stv. R. Kulla: Ich bin ganz vernünftig. Ich werde dies nicht so schnell begreifen. (Weiterkeit.) Wir gehen von einem anderen Standpunkt aus. Wir müssen gewissenhaft die Vorlage prüfen.

Bürgermeister Dr. Winter ergeht sich in längeren Ausführungen über die Vorlage und begründet diese eingehend. Man habe versucht, einen gangbaren Weg zu suchen für beide Teile. Er habe sich auf den Standpunkt der Schätzungskommission gestellt. Es werde heute gesagt, die Gebäude seien so schlecht aus. Das Haus sei gleichsam durch die Hochwasserlinie verschlungen und viel zu niedrig gelegen. Die Verhandlungen des Stadtrats wurden mit dem früheren Besitze abgeschlossen. Die Vorlage habe sich jedoch verzögert, weil der Besitzer verstarb. Redner ergeht hierauf um Annahme der Vorlage.

Stv. R. Kulla: In Rücksicht auf das Gehörte zieht der Stadtverordnetenrat seinen Antrag auf Ablehnung der Vorlage zurück.

Oberbürgermeister Martin: Sie können dem Stadtverordnetenrat nur dankbar sein, daß er die Vorlage eingehend prüft. In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Martin, wie Stadtdirektor Reds und Stv. Seninger halten die Preise für nicht zu hoch.

Erwerbung des Hauses Vikers N 6, 7.

Zu genehmigen sind 285 500 Mark.

Stv. Kulla empfiehlt die Vorlage zur Annahme, was auch einstimmig erfolgt.

* Berichtung. Bei den Ausführungen des Stv. Schufmachers bei Hof. 20 „Auf Wege“ (Straßen), Klage, Straßenfonds u. dergl. gelegentlich der letzten Budgetberatung wurde infolge eines Missverständnisses ein Satz entfallen wiedergegeben. Es ist demnach wie folgt zu lesen: Redner bemängelt den schlechten Zustand verschiedener Straßen in Kadaran. Der beste Beweis für den schlechten Zustand der sogenannten Kappstrassen dürfte wohl der Zustand der Anlaufbahnen in der Wilhelm-Mundtschule während der Regenzeit sein. Die Anlaufstrassen zur Sandtschule befinden sich in einem demotiv mangelhaften Zustande, daß es jammerwürdig um den schönen Linienumbau sei. Dieser sei absolut nicht rein zu halten, verkehrte, solange sich die Zugangstrassen zur Schule nicht in einem ordentlichen Zustande befinden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Stuttgart, 26. April. In dem Schadenersatzprozeß des Mechanikers Buchler gegen den Grafen Zeppelin wurde heute von der ersten Instanz des Landgerichts das Urteil verkündet. Die Klage wurde abgewiesen. Der Kläger hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Wie man hört, wird gegen das Urteil Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt werden.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 26. April. Aus Würzburg wird gemeldet: Nach einer Mitteilung des hiesigen „Journal“ hat die Polizei eine Gesellschaft Amor ausgehoben, in der gegen 58 halbwildwüchsige Jungen und Mädchen von 15 bis 16 Jahren unflätlichen Umgang pflegten.

Schwere Ausschreitungen von Streikenden.

Berlin, 26. April. Heute früh 6 1/2 Uhr kürzten in Wilmersdorf einige 100 Streikende auf mehrere von Arbeitwilligen der Vereinigten Gerüstbau-Verleihanstalten eskortierte Wagen, die in die Prinzregentenstraße einbogen, verletzten 8 Personen durch Messerstiche, bombardierten die Arbeitwilligen mit Steinen und beschossen sie mit Revolver. 2 Arbeiter wurden schwer, 12 andere leicht verletzt. Ein hartes Aufgebot von Schutzleuten vertreibt die Demonstranten. Die eigentlichen Täter entkommen. Verhaftungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

Die südwestafrikanischen Kriegskosten in der Budgetkommission.

Berlin, 26. April. Die gestern abgebrochenen Verhandlungen in der Budgetkommission wurden heute fortgesetzt. Hierzu ist von den Konservativen ein Antrag Hr. v. Richthofen-Dietrich eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob und in welchem Umfang im Hinblick auf die neue Entwicklung in den Kolonien eine Abänderung des Schutzgebietgesetzes, insbesondere auch der geltenden bergrechtlichen Bestimmungen in die Wege zu leiten ist.

Der erste Redner ist der nationalliberale Abg. Krainz. Er wendet sich gegen die Schlüssigkeit der Gutachten des Reichsjustizamtes. Die Herren im Reichsjustizamt seien gewis gute Juristen aber keine Kolonialpolitiker. Die Gerachtame für das Gebiet zwischen dem 26. Grad und dem Äquator komme der Deutschen Kolonialgesellschaft nicht zu. Das müsse der Staatssekretär bei dem Vertrag noch heraushehlen.

Staatssekretär Dernburg erwidert, er habe nur ungenügend die Gutachten des Reichsjustizamtes veröffentlicht. Aber es sei billig, daß die Öffentlichkeit auch seine Gründe und nicht nur die Gründe anderer Herren höre. Prinzipiell ist der Staatssekretär gegen die Auflegung der Kriegskosten auf die Kolonie, aber auch aus praktischen Gründen. Man solle die kleinen Leute nicht durch solche Maßregeln, wie es der Antrag Erberger verlange, abschrecken. Sie tragen ihre Last zu Markte, dafür müssen sie auch verdienen. Eine Wertzuwachssteuer auf bewegliches Vermögen ist im Schutzgebiet noch unmöglich, als in der Heimat. Sie kann nur auf festlichem Wege eingeführt werden. Die großen Gesellschaften haben ebenso wie viele Private gar nicht die Hauptteile ihres Vermögens im Schutzgebiet, sondern außerhalb. Man kann ohne besondere Gefährdung im Wege des Etats die Militäraufgaben den starken Schultern im Schutzgebiet auferlegen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat niemals Hoheitsrechte erhalten. Die Regierung hat deswegen zwar verhandelt, aber es ist kein Vertrag zustande gekommen. Die Neu-Guinea-Gesellschaft und die Deutsch-afrikanische Gesellschaft haben sie gehabt und sind dafür entschädigt worden. Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika hat solche Hoheitsrechte nicht gehabt.

Zwischen ist folgender weiterer Antrag der Konservativen Hr. v. Richthofen, Dietrich u. a. eingebracht: den Reichskanzler um Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, durch welches die im Schutzgebiet Südwestafrika vor Ausbruch des dortigen Aufstandes domizilierenden leistungsfähigen Personen und Gesellschaften zur Entlastung des deutschen Reichsfiskus herangezogen werden.

Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt durch den Abg. Dr. Dohrn u. Gen., die verbündeten Regierungen zu ersuchen 1. dem Reichstag eine Denkschrift über die Frage vorzulegen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang ein Schutzgebiet durch direkte Besteuerung zur Deckung von Kosten heranzuziehen ist, die dem Reich zum Schutze in diesem Schutzgebiet erwachsen; 2. im Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet des Rechnungsjahres 1911 einen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Schutzgebietes entsprechenden Beitrag zur Verzinsung und Amortisation der aus Anleihe-Mitteln gedeckten Kosten einzustellen. Im Wege der Vereinbarung mit den in Betracht kommenden Gesellschaften dahin zu wirken, daß dem Landesfiskus in Südwestafrika die Vergütung und das Recht der Festsetzung und Erhebung von Vergütungen, gegebenenfalls unter Gewährung annehmbarer Entschädigungen bei Verzicht auf wohlfeilerweise Rechte gesichert wird.

Der Staatssekretär erklärt den letzterwähnten Antrag Hr. v. Richthofen für zu unbestimmt, den ersterwähnten Antrag Hr. v. Richthofen für unwürdevoll. Man müsse dem Bundesrat ein weites Bestimmungsrecht geben und von den Rechten des Reichstags manches noch herabsetzen. Das ist das gleiche Moment, das der erste Antrag Richthofen antrat. Solche Anordnungen sind möglich, jedoch in Bezug auf die letzte Kammer zieht der Staatssekretär einen solchen eingegangenen Antrag der Reichspartei und der Nationalliberalen vor. Dieser Antrag v. Richthofen und Dr. Seiler (Nat.) erucht die verbündeten Regierungen, für das südwestafrikanische Schutzgebiet im Wege der Verträge, die die Verlegung herbeizuführen, daß 1. die früher verliehenen, etwa noch bei 3 bestehenden Hoheitsrechte möglichst gegen Entschädigung aufgehoben werden, 2. eine allgemeine Besteuerung des Einkommens oder Gewerbes eingeführt wird, 3. die Verordnungen über Ausübung des Bergrechts nach der Richtung einer Revision unterzogen werden, daß die Berechtigungen der Schürfer und Grundeigentümer abgegrenzt und sichergestellt werden.

Der Staatssekretär verwahrt sich gegen den Erberger'schen Ausdruck, daß die Beamten der Kolonie im Gegensatz zum Staatssekretär gestanden haben. Das sei nie der Fall gewesen, sondern seine Anweisungen hätten die Wege, die man dort eingeschlagen, nicht ausgeschlossen. Die finanzielle Lage des Reichs und öffentliche Wohl seien zwei Dinge, die nicht gegeneinander ausgespielt werden könnten. Wesentliches Wohl bedeute nicht, daß man dem einen etwas wegnimmt und dem andern gebe. Daher seien die hierauf bezüglichen Anmerkungen Erberger's vorzugehen nicht berechtigt. Im übrigen berichtet der Staatssekretär in längeren Ausführungen über die Vertragsfrage in einem von ihm schon in früheren Sitzungen vertretenen Standpunkt.

Der Vorsitzende der Budgetkommission Hr. v. Gamp stellt fest, daß Hoheitsrechte der Kolonialgesellschaft im Gegensatz zu den Reuehrungen des Staatssekretärs tatsächlich vorhanden gewesen sind und zwar aus dem Schutzgebietstatut.

Ein freilichtiger Redner führt aus, daß man einheimische Gelege über Vermögenssteuer nicht ohne weiteres auf Schutzgebiete übertragen könne. Auch eine Wertzuwachssteuer sei sehr schwierig dort einzuführen, deshalb sei es sehr zweifelhaft, ob durch diese Aussprüche hier etwas erreicht werden könne. Er sei für die Annahme der ersten konservativen Resolution, desgleichen mit Nr. 3 des freikonservativen Antrages, ebenso mit Nr. 1 des nationalliberalen und freikonservativen Antrages. Man solle alle diese Dinge drausbaren Punkte zusammen revidieren.

Ein Nationalliberaler betont, daß es gestern nur gegen die direkte Besteuerung im Rahmen des Erberger'schen Antrages gesprochen habe, nicht gegen eine solche im allgemeinen. Auch dieser

Redner empfiehlt die gemeinsame Redaktion der vorstehenden Anträge.

Nach einer weiteren Debatte, in der Erberger nochmals seinen Standpunkt vertritt, kommt es zur Abstimmung. Die Anträge Erberger und Latmann werden abgelehnt gegen die Stimmen des Zentrums und der Reichspartei, desgleichen der sozialdemokratische Antrag. Der Staatssekretär gibt folgende Erklärung ab: Er sage die vom Zentrum geforderten Gutachten zu, ebenso die Vorlegung einer Denkschrift über direkte Besteuerung im Sinne der freikonservativen Forderung, desgleichen die Revision des Berggesetzes. Die Schaffung eines besonderen Edelstein-Berggesetzes sei ihm unmöglich. Eine Resolution Brockhausen betreffend die Erhebung besonderer Kriegskosten wird angenommen gegen die Stimmen der Freikonservativen und Nationalliberalen.

Die Resolution der Reichspartei über die zwingende Mitwirkung des Reichstags und Bundesrats bei der Erteilung von Konzessionen und Bergrechtskonzessionen wird mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Die Budgetkommission übernimmt keine Verantwortung für den Abschluß der Verhandlungen mit der Deutschen Kolonialgesellschaft. Dies wird ausdrücklich festgestellt. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Katastrophe des „J. 2“.

Weilburg, 26. April. Die Strandungsstelle des Luftschiffes „J. 2“ bietet heute Vormittag ein wenig verändertes Bild. Mannschaften des 160. Infanterie-Regiments aus Diez und Gendarmen hielten während der Nacht Wache. Infolge des ziemlich starken Windes, der die ganze Nacht hindurch herrschte, wurde das Hinterteil des gestrandeten Luftschiffes, welches auf dem Gipfel des Webersberges auf dem Dach des dortigen Pavillons und in den Bäumen des Abhanges feststeht, etwas herabgedrückt. Schon seit dem frühen Morgen strömen von allen Seiten zu Fuß, zu Wagen und per Bahn Tausende nach der Unfallstelle und bewundern den dem entseffelten Element zum Opfer gefallenen Ballonriesen. Die Abrüstung des Schiffes wird heute fortgesetzt. Major Neumann weist bereits seit dem frühen Morgen an der Strandungsstelle, um die Demontierungsarbeiten zu überwachen und zu leiten.

w. Weilburg, 26. April. Heute mittag trafen hier 20 Mann vom Luftschiffbataillon in Köln und 60 Mann vom Pionierbataillon No. 21 in Kofel unter Führung eines Hauptmanns und 2 Leutnants nebst Gerätschaften ein, die hier Quartier beziehen und noch heute mit den Aufräumungsarbeiten des „J. 2“ beginnen.

Berlin, 26. April. Aus Köln wird gemeldet: Hier hört man in militärischen Kreisen, daß „J. 3“ vom Reich angekauft und das Luftschiff sofort nach Köln überführt werden soll, damit die Luftschiff-Neubungen nicht unterbrochen werden.

Berlin, 26. April. In militärischen Kreisen erhält sich mit großer Bestimmtheit die Nachricht, daß der Kronprinz anlässlich seiner bevorstehenden Beförderung ein Kommando in Posen erhalten und einen Teil des Jahres in dem dortigen Residenzschloß Wohnung nehmen wird. Man erwartet die offizielle Ankündigung am 14. Juni, dem 500. Jahrestage der Schlacht von Tannenberg.

Köln, 26. April. (Priv.-Tel.) Ueber die Ursache des Ballonglücks befragt, erklärte Major Neumann, der Führer des „J. 2“: Das Luftschiff war mit einer Antertrosse, welche auf 5000 Kg. Zugkraft geprüft worden war und welche vom Grafen Zeppelin selbst als absolut zuverlässig bezeichnet worden war, an einem in der Erde vergrabenen Bogen befestigt. Durch einen Windstoß, ähnlich demjenigen, der das Scherdingener Unglück herbeiführte, wurde der Ballon von der Seite erfaßt und zunächst brach ein Teil des Luftseiles. Der seitliche Druck verhärtete sich und der Ankertraher brach wie ein Strohhalm. Der Windstoß kam so plötzlich, daß ein Ausweichen fast unmöglich war, obwohl die Mannschaften, sowohl an der Spitze, als auch an der Gondel bereit standen. Ein Versuch, das Luftschiff an den Gondeln festzuhalten, mußte sofort aufgegeben werden. Das Luftschiff hatte 23 Stunden vor Anker gelegen und Sturm und Regen Widerstand geleistet. Die zur Bedienung herangezogenen Truppen waren genau unterrichtet und behandelten das Luftschiff durchaus jugendgemäß. Generalleutnant von Dönhoff war selbst im Augenblick der Katastrophe an der Unfallstelle und sagte zu seinen Offizieren: „Wir haben und keinen Wortwurf zu machen, wir haben nichts außer Acht gelassen. Die elementare Gewalt war stärker als wir.“ Zu dem Unglück schreibt die „Köln. Ztg.“: Die Herfürung des „J. 2“ bedeutet für unsere Militärluftschiffahrt einen großen Verlust, der dadurch noch erhöht wird, daß nach dem Ausspruch des Generalleutnants v. Dönhoff, der die Fahrt von Köln nach Hamburg mitmachte, eine Wiederherstellung ausgeschlossen ist. Es wird daher in Erwägung gezogen werden müssen, ob der „J. 3“, der sich auf der Fahrt von Friedrichshafen nach Berlin und zurück auf der Fahrt von Berlin nach Hamburg befindet, auch in dem Unglück selbst trifft niemand die Schuld. Es liegt eben höhere Gewalt vor.

Der Fischer mit dem großen Dorich auf dem Rücken ist das Garantiezeichen für die echte Scott's Emulsion, und nur diese ist nach dem Scott'schen Verfahren hergestellt. Da es aber viele mehr oder weniger minderwertige Nachahmungen gibt, deren Verpackung der echten Scott's Emulsion täuschend ähnlich nachgemacht wird, so achte man beim Einkauf genau auf unsere Fischer-Schulmarke und weise alle diese Nachahmungen zurück.

Vereinsnachrichten.

* Verein für Nationalsteno-graphie. Am Samstag, den 18. April fand im Vereinslokal Restaurant „Katscher“ eine gut besuchte Abendunterhaltung statt.

* Der 9. Deutsche Stenographentag Gabelberger, die alle fünf Jahre erfolgende Vereinigung der Vertreter des zur Zeit über 1800 Vereine mit etwa 100 000 Mitgliedern zählenden Deutschen Stenographenbundes „Gabelberger“, findet heuer in den Tagen vom 22. bis 27. Juli in Stuttgart statt.

* Die Ortsabteilung des Westfälischer-Berufsvereins veranstaltet ihre gut besuchte erste Abendunterhaltung im Volkswirtschaft. Unter der stützigen Leitung des Dirigenten Herrn Schöpf fanden die Darbietungen der Keinen Sängergesellschaft bei den Anwesenden reizen Beifall; ebenso die Herren Kröger, Weg, Goppe und Eiermann, die für den humoristischen Teil des Programms sorgten.

* Die Ortsabteilung des Westfälischer-Berufsvereins veranstaltet ihre gut besuchte erste Abendunterhaltung im Volkswirtschaft. Unter der stützigen Leitung des Dirigenten Herrn Schöpf fanden die Darbietungen der Keinen Sängergesellschaft bei den Anwesenden reizen Beifall; ebenso die Herren Kröger, Weg, Goppe und Eiermann, die für den humoristischen Teil des Programms sorgten.

Volkswirtschaft.

Vom rheinischen Eisenmarkt.

Aus Düsseldorf schreibt man uns: Der Eisenmarkt steht nach wie vor unter dem Eindruck der Aussperrung im Bergwerke. Die Mitteilungen, die über die Bestrebungen der verschiedenen Einigungsämter in die Öffentlichkeit gedrungen sind, lassen sich jetzt nicht erkennen, ob die Hoffnungen auf eine baldige Beilegung des Streiks begründet sind.

Nicht zum wenigsten wird diese Tatsache auch durch das abnormale Scheitern der Robeisen-Vergleichung verschärft. Es ist hier wiederum das Kraftwerk, welches der Vergleichung mit den weitestgehenden Werken unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellt, nachdem es bei den früheren Verhandlungen sich durchaus günstig gezeigt hatte, einer Vereinigung beizutreten.

Der Preis für Besinnablen ist um 2 auf 122 und der Preis für nachfolde Messingrohre um 5 auf 135 für den Doppelzylinder e r m ä h i g t worden.

geäußerten Verkäufe festgelegt ist und leider die Verkäufe im vorigen Jahr wegen der bekannten Verbotsverhältnisse zu recht niedrigen Preisen getätigt werden. Auch für verschiedene andere Produkte sind die Preise nicht erfreulich.

(Schluß folgt.)

Oberreineisfabrik.

Man schreibt uns: Infolge der längeren Niederstühle hat sich der Wasserstand des Oberrheins neuerdings so weit gehoben, daß die Fahrten nach Basel wieder aufgenommen werden konnten und ist als erster Schlepplag bereits der der Badischen Aktien-Gesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport in Mannheim gehörige Nachschleppdampfer „Louis Gutzjahr IX“ mit „Vereinigung 7“ im Anhang in Basel eingetroffen.

Konkurse in Baden.

* Pforzheim. Spezialeinrichter Wilhelm Jährländer. Anmelddingstermin 21. Mai. Prüfungstermin 11. Juni.

Personalien. Aus der Direktion der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhose-Fabrikation vorm. G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel ist Direktor Rudolf Binde mann ausgeschieden und in die Direktion des Verbandes Deutscher Preßhose-Fabrikanten G. m. b. H. in Berlin eingetreten.

Bei der Aluminium-Industrie A. G. in Reichenheim liegen nach der „Berl. Börse-Ztg.“ Aufträge auf Aluminium bis Ende 1910 vor. Von der Steigerung des Aluminiumpreises profitierte die Gesellschaft deshalb, weil sie durch ihre Einrichtungen in der Lage sei, die Herstellungskosten erheblich zu vermindern.

Scheidhauer u. Giesing, K. O., Duisburg. Nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft (Konten) beträgt der Reingewinn für 1909 einschließlich 21. 108 212 (i. V. 83 505) Vorzug Markt 556 606 (21. 566 107). Nach Deduktion der Handlungsunkosten von 21. 170 575 (21. 171 295) und der Abschreibungen von 21. 119 468 (21. 130 188) verbleibt ein Reingewinn von 21. 266 567 (21. 264 249) zu folgender Verwendungs: 10 Prozent gleich 21. 26 656 700 Dividende (wie i. V.) und 21. 111 610 (21. 108 212) Vorzug.

Die Zellstofffabrik Wagnit A. G. schlägt jetzt eine Erhöhung des Aktienkapitals vor. Das Kapital soll von 21. 30 000 auf 21. 2 500 000 erhöht werden, sobald der Bau der Fabrik durch Aktienzeichnungen gedeckt ist.

Dresdener Bank. Kammerpräsident v. Boyer, Sautzpart, welcher bisher schon im Aufsichtsrat der Württembergischen Landesbank saß, ist nach der Fusion derselben mit der Dresdener Bank nun auch in den Aufsichtsrat der letzteren gewählt worden.

Bei der Zellwolle Baden A. G. in Berlin (Ende 1908 Verlustsaldo 21. 872 030 bei 21. 3 Mill. Aktienkapital) haben sich die Verhältnisse in 1909 nicht verbessert. Der von der Verwaltung eine zeitlang verfolgte Plan einer Verbindung mit einem anderen Unternehmen sei gescheitert. Zur Deckung der zur Weiterführung nötigen Mittel erwäge man in Verwaltungskreisen, die Aktionäre eventuell mit einer Aktienausgabe in Anspruch zu nehmen.

Der Preis für Besinnablen ist um 2 auf 122 und der Preis für nachfolde Messingrohre um 5 auf 135 für den Doppelzylinder e r m ä h i g t worden.

Telegraphische Handelsberichte.

(Telegramme unseres Berliner Bureaus.)

Gerabiegung des Grundkapitals.

[Berlin, 26. April. Die getrige außerordentliche Generalversammlung der Dampfmaschinen-Fabrikation A. G. genehmigte gegen 60 Stimmen die Herabsetzung des Grundkapitals um 1 Million Mark durch Zusammenlegung der Vorzugsaktien im Verhältnis 4:3 und die Stammaktien von 4:1, sowie die Wiedereinziehung des Grundkapitals um 500 000 Mark zur Ausgabe neuer Vorzugsaktien zum Nennwert. Die Aufsichtsratswahl wurde bis zur nächsten Generalversammlung verschoben.

Neues vom Dividendenmarkt.

[Berlin, 26. April. Der Aufsichtsrat der „Reichen“ für die Aktiendeckung schlägt 9 Proz. (8 Proz.) Dividende vor.

[Berlin, 26. April. Der Generalversammlung der Münchener Lebensversicherungsbank legte die Dividende auf 10 Prozent fest.

[Berlin, 26. April. Die Leipziger Gummiwarenfabrik A. G. vorm. Jul. Marx, Heine u. Co. erzielte einen Reingewinn von 168 729 21. (100 001 21.). Es wird eine Dividende von 9 Prozent (7 Proz.) vorgeschlagen.

Von der Reichsbank.

* Berlin, 26. April. Die Reichsbank befreit die der „Berl. Ztg.“ zufolge die harte Nachfrage nach Scheid. London.

Maschinenpapierfabrik Alschaffenburg.

* Alschaffenburg, 26. April. Die heutige Generalversammlung der Maschinenpapierfabrik genehmigte alle Anträge und die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Mill. 21., welche an ein Konsortium unter der Führung der Diskonto-Gesellschaft gegeben werden.

Bergwerksgesellschaft Sibernia.

* Dorne, 26. April. Der Bruttoerlös der Bergwerksgesellschaft Sibernia betrug im 1. Quartal 21. 2 622 428, im Vorquartal 21. 2 600 895 und im 1. Quartal des Vorjahres 21. 2 641 509.

Auflösung der englisch-schottischen Stahlwerkvereinsung.

* London, 26. April. Wie der Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Glasgow meldet, droht der englisch-schottischen Stahlwerkvereinsung zur Regelung der Preise, die Auflösung, da sich zwei führende schottische Firmen

zurückgezogen haben, weil sie in der Lage sind, mit den englischen Firmen zusammenzuarbeiten, um großen Niedergängen der schottischen Firmen. Eine Verammlung der Fabrikanten ist für heute nach Glasgow einberufen.

Von der amerikanischen Baumwollenernte.

Newport, 25. April. Berichte aus dem östlichen Tennessee dem nördlichen Alabama, vielen Teilen Georgias, Louisianas, Mississippis und Texas besagen, daß niedrige Temperatur und Schnee der frühzeitig gepflanzten Baumwolle Schäden zuzufügen drohen, wie solcher seit Jahren nicht vorgekommen ist. Die Ackerbaubehörde für Georgia besorgt, daß die Hälfte des Baumwollenerntes dieses Staates verloren ist. Man ist der Ansicht, daß die Knappheit der Baumwolle die Wiedereinpflanzung in einigen Distrikten verhindern werde.

Mobile (Alabama), 25. April. Das Gericht erließ eine Verfügung, durch welche dem Kapitän des Dampfers „Reltonian“ verboten wurde, 4200 Ballen Baumwolle, die noch keine bestimmte sind und verpackt waren aufgrund eines Konnossements der Firma Knight, Haney and Co., zu verladen. Das Verbot ist erlassen zugunsten der Konkursverwaltung der Firma Knight, Haney and Co.

Newport, 25. April. Nach einem Telegramm aus Birmingham (Alabama) erklärte ein Mitglied der falliten Baumwollfirma Knight, Haney and Co., daß über 30 000 Ballen Baumwolle mit gefüllten Konnossementen fakturiert und dagegen Wechsel gezogen worden seien.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 26. April. (Offizieller Bericht.)

Die Börse verlief ziemlich ruhig. Badische Affekur-Aktien wurden zu 1800 A umgelegt. Sonstige Veränderungen: Badische Brauerei-Aktien 78 0, 79 B, Ludwigshafener Aktienbrauerei-Aktien 214 0, 215 B, Zellstofffabrik Waldhof-Aktien 261 B, und Zuckerfabrik Frankenthal 351 0.

Obligationen.

Table with columns for bond types (e.g., Pfandbriefe, Städte-Anleihen) and their corresponding values.

Aktien.

Table with columns for stock types (e.g., Banken, Industrie, Brauereien) and their corresponding values.

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Schlusskurs.

Wechsel.

Table with columns for exchange rates (e.g., London, Paris, New York) and their corresponding values.

Aktien deutscher und ausländischer Transportunternehmen.

Table with columns for transport company stocks (e.g., Sächs. Eisenb., Hamburg. Vap.) and their corresponding values.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table of German state securities including Reichsanleihe, Staatsanleihe, and various bonds with columns for date and price.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table of industrial stocks from various companies like Bismarck, Siemens, and others, listing share prices.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks including shares from various mining companies.

Banquier- und Prioritäts-Obligationen.

Table of bank and priority obligations from various financial institutions.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stocks, including shares from various banks and insurance companies.

Frankfurt a. M., 26. April. Kreditaktien 207,70, Disconto-Commandit 186,70, Lombarden 20,70.

Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 26. April. Bondsbörse. Die Börse war bei Beginn geschäftsunfähig und teilweise spekulative Verkäufe übten an die Kurse einen gewissen Druck aus.

Am Bondsmarkt blieb die Stimmung ruhig. Deutscher Reichsanleihe. Später trat mäßige Beilegung ein, welche auch bis zum Schluß anhielt.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 26. April. Bondsbörse. Die Anzeichen für eine rückläufige Konjunktur am amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt werden im New Yorker Effektenbörse durch die Befreiung des Rohisenpreises eingeleitet.

Berlin, 26. April. (Anfangskurse.) Kreditaktien 207,70, Disconto-Commandit 186,70, Staatsbahn 160,30.

Berlin, 26. April. (Schlußkurse.) Kreditaktien 207,70, Disconto-Commandit 186,70, Staatsbahn 160,30.

W. Berlin, 26. April. (Telegr.) Bondsbörse. Kreditaktien 207,90, Disconto-Commandit 186,40, Staatsbahn 160,40.

Paris, 26. April. Anfangskurse. 3% Rente 98,65, 4% Rente 98,52, 5% Rente 98,40.

Londoner Effektenbörse. London, 26. April. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse. 3% Consols 81, 4% Consols 81.

Wien, 26. April. Vorm. 10 Uhr. Kreditaktien 655, Lombarden 498,20, Staatsbahn 84,70.

Wien, 26. April. (Telegr.) Bondsbörse. Die Börse war bei Beginn geschäftsunfähig und teilweise spekulative Verkäufe übten an die Kurse einen gewissen Druck aus.

Wien, 26. April. (Telegr.) Bondsbörse. Die Börse war bei Beginn geschäftsunfähig und teilweise spekulative Verkäufe übten an die Kurse einen gewissen Druck aus.

Wien, 26. April. (Telegr.) Bondsbörse. Die Börse war bei Beginn geschäftsunfähig und teilweise spekulative Verkäufe übten an die Kurse einen gewissen Druck aus.

Table of foreign exchange rates and other financial data for Vienna, 26. April.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 26. April. Produktenbörse. Zu den amerikanischen Märkten waren die Preise nur wenig höher, da man die Ernteerträge für überreichlich hält.

Berlin, 26. April. (Telegramm.) (Produktenbörse.) Weizen in Markt pro 100 kg frei Berlin netto Kaffe.

Table of Berlin commodity prices for wheat, rye, and other goods.

Budapester Produktenbörse.

Budapest, 26. April. Getreidemarkt. (Telegramm.) Weizen per April 221,75, per Mai 221,75.

Table of Budapest commodity prices for wheat, rye, and other goods.

Liverpooler Börse.

Liverpool, 26. April. (Anfangskurse.) Weizen per Mai 7 7/8, per Juli 7 7/8.

Table of Liverpool commodity prices for wheat and other goods.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Mannheim. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 26. April 1910. Provisionsfrei!

Table of company shares and financial data for Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Geschäftliches.

Königl. Selters entwickelt seine Kohlenhydrate vorzüglich mit unter Einwirkung der Schlemmhaute, also erst beim Genuss selbst und ist darum als wohlbekanntlich besonders geschäftlich.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Fritz Goldschmidt; für Druck und Anzeigen: Julius Wille; für Verkauf, Provinzialverkauf und Geschäftsleitung: Richard Schaefer.

Jahresbericht des Mannheimer Altertums-Vereins.

Am Anfang des Berichtsjahres (1. April 1909 bis 31. März 1910) beging der Mannheimer Altertumsverein die Feier des 50jährigen Jubiläums durch die noch in frischer Erinnerung stehende Kleinporträtfeststellung. Unter Führung eines Komitees angeleiteter Bürger der hiesigen Stadt und auswärtiger Freunde des Vereins wurde eine Sammlung veranstaltet, die 7007 Mf. erbrachte. Die Spende wurde zum Ankauf wertvollerer Museengegenstände verwendet. Die Jubiläumsspende wurde leider getrübt durch den schweren Verlust, den der Verein durch den Tod des langjährigen hochverdienten Schriftführers und stellvertretenden Vorsitzenden Hofrat Professor Karl Baumann erlitt. Die Stelle des zweiten Vorsitzenden und das Amt des Schriftführers wurde Professor Dr. Friedrich Walter übertragen, der den erkrankten Baumann schon seit längere Zeit unterstützt und vertreten hatte. Die Leitung der archäologischen Abteilung übernahm aus Baumanns Händen das neugewählte Ausschussmitglied Professor Dr. Hermann Gropengießer, der neuerdings durch die von dem Großherzog unterm 9. März d. J. vollzogene Ernennung zum Kustos des Großh. Hofantiquariums auch in der Verwaltung dieser Stelle Baumanns Nachfolger wurde. Einen weiteren schmerzlichen Verlust erlitt der Verein durch das Hinscheiden des langjährigen Ausschussmitgliedes und früheren Rechners, Kaufmann Rudolf Wasser mann, der sich um den Verein große Verdienste erworben hat. Der langjährige hochverdiente Mitarbeiter Herr Geh. Hofrat Dr. Ferdinand Haug, der leider Mannheim verlassen hat, um nach Stuttgart übersiedeln, wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Herr Gymnasiums-Direktor Wilhelm Caspari ließ sich nach seiner Rückkehr von Wehrheim nach Mannheim, wo er nunmehr das Karl-Friedrich-Gymnasium leitet, ehrenvollerweise bereit finden, wieder in den Ausschuss des Vereins einzutreten. Neugewählt in den Ausschuss wurde Herr Fabrikant Otto Rauffmann.

Leider hat der Mitgliederstand auch diesmal wieder durch bedauerliche Todesfälle und Austritte einen Rückgang erfahren. Am Schlusse des vorigen Berichtsjahres zählte der Verein 916, am 1. April d. J. 887 Mitglieder, einschließlich 11 Ehren- und 8 korrespondierenden Mitgliedern. Während sich der Verein auf archäologischem Gebiet infolge der Ungunst der Verhältnisse die letzten Jahre hindurch hauptsächlich mit Gelegenheitsfunden begnügen mußte, hat die systematische Ausgrabungstätigkeit neuerdings dadurch einen Aufschwung erfahren, daß sich Herr Professor Dr. Gropengießer mit rühmendswerter Energie und mit mancherlei erfreulichen Erfolgen zu widmen begonnen hat. Abgesehen von kurzen Grabungen in Leutenburg, die auf der Gewann Siegelshauer vorgenommen wurden, galt die Tätigkeit des Herrn Gropengießer insbesondere Nachforschungen in der Gewann Augasse zu Reudensheim, wo unter anderen Funden ein feinschmelziges Brandgrab sowie Wohnstätten und Gräber aus der Zeit der ersten germanischen Besiedelung und Gräber aus der fränkischen Zeit aufgedeckt wurden. Als Grundlage für die von Dr. Gropengießer ins Auge gefaßte wissenschaftliche Inventarisierung der archäologischen Abteilung der Sammlung wurde eine nach Fundorten geordnete Zusammenstellung von Berichten über Ausgrabungsergebnisse in Angriff genommen. Hieraus soll im Laufe der Zeit im Zusammenhang mit Ausgrabungsfortschritten allmählich ein Ausgrabungsarchiv für unsere Gegend gebildet werden.

In Abwicklung II des Gesamtinventars der Sammlungen, Mittelalter und Neuzeit, mit rund 2600 in Zettelform wissenschaftlich katalogisierter Nummern ist die Herstellung eines kurzgefaßten Ausgabsinventars mit Angabe des Kaufpreises und des Schätzwertes begonnen worden, um auf diese Weise die sichere Grundlage einer Renaufstellung des in den Sammlungen vereinigten Vermögensbestandes zu erlangen. Nach dem Zuwachsjournal wurden im Berichtsjahre — abgesehen von Ausgrabungsfunden — 291 verschiedene Gegenstände, teils aus Schenkun-

gen, teils aus Ankäufen herrührend, in die Vereins-Sammlungen eingeliefert. Außerdem überwieß die Stadtgemeinde 96 von ihr angekaufte Gegenstände unter Vorbehalt ihres Eigentumsrechts. Unter den Schenkungen steht an erster Stelle der Kaiser Altar, den der Verein der Freigebigkeit seines Ehrenmitgliedes, Herrn Dr. Heinrich Proffe, verdankt, ein hervorragendes Stück gotischer Bildhauerkunst, das für alle Zeiten ein Glanzstück der hiesigen Sammlungen ist. Von weiteren bedeutenden Schenkungen sind zu erwähnen eine barocke Holzskulptur aus dem fränkischen, Geschenk von Herrn und Frau Israel Herle, das Tonmodell der Linken der Ziegenbockgruppe in Schwöninger Schloßgarten von Herrn Militärleutnant Dr. von Engelberg und verschiedene auf die Altmanzheimer Familie Artaria bezügliche Gegenstände, die von Frauäulein Rosalie Artaria in V.-Baden testamentarisch vermacht wurden.

Außer den Gaben, die zur Jubiläumsspende eingingen, erhielt der Verein als Geldgeschenke für Vereinszwecke: M. 1000 von Ungeannt und M. 500 von Herrn Friedrich Berthold. Die Bestrebungen des Vereins erfuhren auch im Jahre 1909 durch Zuwendung eines städtischen Zuschusses von 3000 Mf. und eines Staatszuschusses von 200 Mf. dankenswerter Unterstützung. Die Erwerbungen aus Vereinsmitteln betrafen in der Hauptsache Gegenstände, die auf die Geschichte unserer engeren Heimat Bezug haben.

Von den durch die Stadtgemeinde als Deposita überwiesenen Gegenständen konnte nur ein Teil im Stadtmuseum des Museums untergebracht werden, weil der dort noch verfügbare Raum ein überaus beschränkter geworden ist. Von der am 1. Januar 1910 Mannheim einberufenen Gemeinde Reudensheim wurden verschiedene Gegenstände, so das alte Gemeindefestspiel und die Urkunden der Sammlungen überwiesen. Der Besuch der Sammlungen gestaltete sich im Jahre 1909 folgendermaßen: Vereinigte Sammlungen 7375, Stadtmuseum 1358. Im Stadtmuseum hielt sich die Frequenz ungefähr auf der Höhe des Vorjahres; die Besuchsgäste der Vereinigten Sammlungen hat dagegen einen Rückgang aufzuweisen, der sich dadurch erklärt, daß die Sammlungen wegen Einstellung der Heizung vom 1. Dezember 1909 bis Ostern 1910 geschlossen bleiben mußten. Die in Aussicht genommene Neuordnung der östlichen Säle mußte leider verschoben werden, da ein anderer Unterfunktsraum für die ethnographische Sammlung von der Stadtverwaltung noch nicht zur Verfügung gestellt werden konnte. Zwei Risten mit ethnographischen Gegenständen aus Kamerun, die das Mitglied Herr Regierungsdirektor a. D. Scipio zur Vermehrung der völlerländischen Sammlung zu überweisen die Güte hatte, konnten infolge Raummangels noch nicht aufbewahrt werden. Einzelne Abteilungen der Kunst- und kulturgeschichtlichen Sammlung sind provisorisch neu aufgestellt worden, so unter Leitung des Herrn Vort die keramische Abteilung und die Münzensammlung. Die Bibliothek erfuhr neuen Zuwachs hauptsächlich durch Schenkungen und antiquarische Anschaffungen, sowie durch die im Schrifttumsverzeichnis eingehenden Sammlungen.

Die Bemühungen, bemerkenswerte Altmanzheimer Häuser durch photographische Aufnahme im Bilde festzuhalten oder bemerkenswerte Bauteile für die Sammlungen zu retten, wurden fortgesetzt. Ehrenvollerweise stellte das städtische Budget wiederum 400 Mf. für Aufnahme von Mannheimer Bürgerhäusern zur Verfügung. In der Frage der Ausgestaltung der hiesigen Museums-Sammlungen unter städtischer Regie ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Die bisherigen Beschlüsse betrafen lediglich die Kunsthalle, in welche die städtische Kunstsammlung übergeführt wurde. Von dem Projekt des Reichlichen Museumsbaus ist außer einigen Besprechungen mit dem Planer Professor Bruno Schmitz nichts zu melden. Es wurden sechs Vereinsabende mit wissenschaftlichen Vorträgen und 3 Ausflüge veranstaltet. Mit gemischten Gefühlen, so leicht es in dem den „Mannheimern Geschichtsblätter“ entnommenen Jahresbericht am Schlusse, blüht der Verein auf das abgelaufene Vereinsjahr zurück, das in ihrem Wechsel frohe und trübe Erleb-

nisse brachte. Mit der schmerzlichen Wehmüt über den Verlust treuer Freunde und unermüdetlicher Mitarbeiter paart sich beständige Freude, daß es gelang, neue Kräfte für unser Wirken zu gewinnen; der Befriedigung über den schönen Verlauf der Jubiläumsspende und über manchen wertvollen Zuwachs unserer Sammlung tritt die Erkenntnis zur Seite, wie weit wir noch von dem entfernt sind, was uns als Ziel vorsteht, und wie unzulänglich noch immer die Mittel sind, mit denen wir unsere Ideale zu verwirklichen suchen. Wenn wir dankerfüllt auch in diesem Jahre wieder wahrnehmen dürfen, wie uns so manche Beweise tatkräftiger Beihilfe und verständnisvoller Förderung zuteil wurden, so darf uns dies zu rostem Weiterstreben ermutigen. Es bestärkt uns aber auch in dem zuverlässigen Vertrauen auf das weitere Gelingen des Mannheimer Altertumsvereins.

Vom Büchertisch.

(Anzeigen bei der Redaktion eingelaufener Bücher und Zeitschriften. Ausführliche Besprechungen nach Auswahl.)
Bogelzug und Vogelzug. Von Dr. Wilh. A. Edardt. Mit 6 Abbildungen im Text und einer Tafel. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 218. Band.) Verlag von W. G. Deubner in Leipzig. 8. 1910. Geb. M. 1.—, in Leinwand geb. M. 1.25. Das vorliegende Bändchen der bekannten Sammlung „Aus Natur u. Geisteswelt“ stellt sich in seinem ersten Teile die Aufgabe, auf Grund geologisch-geographischer Tatsachen ebenso wie auf biologischer Grundlage das Problem des Vogelzuges unter Berücksichtigung der kausalen Zusammenhänge von Gegenstand aufgestellten Theorien und Beobachtungsergebnissen allgemein verständlich darzustellen und da, wo es die Sache erfordert, kritisch zu beleuchten.

Standesamtsbezirk Mannheim-Käfertal.

April Verlobte:
20. Tagl. Emil Heil und Anna Maria Gröschelmer, Käfertal.
20. Dreher Joh. Herrwerth und Franziska Derzog, Waldhof.
20. Dreher Gg. Leonh. Knecht und Maria Weiler, Waldhof.
Geborene:
18. d. Habrhard, Antonio Mikeli Waldhof e. S. Alberto.
20. d. Tagl. Wilh. Josef Gumbert, Waldhof, e. S. Karl.
19. d. Eisenleher Jakob Wandersli, Waldhof, e. T. Eva Elisabetha.
April. Geborene:
20. Elisabetha geb. Schmitt, Ehefrau des Fabrikarb. Adam Schneider, Käfertal, 88 J. a.
23. Walter Peter, 1. Stb., Fräulein Jakob Schaal.

Advertisement for Nervenschwäche (Nerve weakness) treatment. It includes text about symptoms like nervous irritability and muscle weakness, and mentions a 'Natur-u. elektr. Lichtverfahren' (natural and electrical light treatment) by Director Hch. Schäfer at the 'Lichtheil-Institut „Elektron“' in Mannheim. It also lists contact information and a testimonial about successful results.

Handels-Hochschule Mannheim.

Am Mittwoch, den 27. April 1910 beginnen folgende Vorlesungen und Fachkurse:

Table with 4 columns: Tag und Stunde (Day and Hour), Thema (Topic), Dozent (Lecturer), and Saal (Hall). It lists courses such as 'Technische Oekonomie' and 'Handelsrecht' with their respective lecturers and room numbers.

Der Studiendirektor: Dr. Behrend.

Ein kleines Versehen.

Mitteilung von Rudolf Wolff. (Nachdruck verboten.)

Der Rittmeister konnte seine Erregung kaum verbergen und wünschte die Antommilinge dorthin, wo der Pfeffer wächst. Sein schöner Plan war über den Haufen geworfen — aber die „Schuldigen“ sollten deshalb der wohlverdienten Strafe doch nicht entgehen, er würde sie schon zu treffen wissen! „Der eigentliche Zweck unseres Besuches“ begann der Oberst, „ist Ihnen lieber Hilrich, Ihre Mägen zu bringen. Als ich heute aus dem Kasino nach Hause kam, hatte Irma sofort bemerkt, daß wir unsere Mägen veräußert hatten.“ „Was, die Mägen veräußert?“ brachte der Rittmeister stotternd hervor. „Ist es möglich?“ „Natürlich, denn sehen Sie, in dieser Mägen, welche ich auf hatte, steht doch Ihr Name.“ Am ganzen Körper zitternd, forschte der Rittmeister nach der Mägen. Baron Horvat wurde es bald siedendheiß, bald eiskalt. Er rannte hinaus in das Vorzimmer, um die andere Mägen zu suchen und den Liebesbrief in Sicherheit zu bringen. Irma bemächtigte sich eine bestige Aufregung, ihr Herz klopfte bis hinauf in den Hals, sie konnte kaum die Rückkehr Horvats erwarten. „Zwischen hatte der Rittmeister sich überzeugt, daß die Mägen, welche der Oberst gebracht, tatsächlich sein Eigentum war. Vor Freude lief er im Zimmer auf und ab, machte Sprünge wie ein wilder Junge und lockte in einem fort. Dann ging er zum Oberst, nahm dessen beide Hände und rief aus: „Ach Herr Oberst! Sie haben mich mit dieser Mägen zum Glückseligen der Sterblichen gemacht!“

Der Oberst sah ihn fragend an. Irma war mehr tot als lebendig. Horvat war noch immer nicht zurück. „Das freut mich wirklich“, gab der Oberst zurück, „aber wollen Sie mir nicht erklären...?“ „Natürlich, der Herr Oberst können ja nicht wissen. In der Mägen, welche ich aus dem Kasino gebracht, war unter dem Schweitleder ein Briefchen verborgen, welches...“ „Herr von Hilrich!“ unterbrach ihn Irma lebend. Hilrich schwieg betroffen still, was sollte das nun bedeuten? Ach so? Da lag der Dose im Pfeffer! „In meiner Mägen ein Brief verborgen?“ fragte der Oberst überrascht. „In diesem Moment kam Horvat zurück in der Hand hielt er die Mägen des Obersten. Den Brief hatte er nicht gefunden. Nun war ihm alles klar. Hilrich hatte den Brief gefunden, daher sein sonderbares Wesen! Es blieb kein anderer Ausweg, um sich halbwegs anständig aus der Affaire zu ziehen: Man mußte Horbe belassen. Mit raschem Entschluß trat er vor den Obersten und sagte: „Verzeihung, Herr Oberst, den Brief habe ich geschrieben.“ Der Oberst sah ihn kopfschüttelnd an. „Das ist ja alles recht schön, wie aber kommt Ihr Brief in meine Mägen?“ „Der Brief war für mich bestimmt, Papochen“. Lang eine jagende Stimme von drüben. „Da sollen doch tausend Bomben und Granaten gleich hunderttausendmal in alle Briefe hineinfallen“, tobte der Oberst. „Also der Brief war für Dich bestimmt?“ fuhr er seine Tochter wütend an. „Nun versteh ich, wie Du gleich wußtest, daß ich meine Mägen veräußert hatte. Deshalb bestandest Du darauf, daß wir gleich, nach diesem Abend zu Hilrichs kamen, um die Mägen umzutauschen! Das sind ja nette Geschichten, ganz unwir-

Todesanzeige.

Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass gestern nachmittag unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, Fräulein Rosa Friedmann im 54. Lebensjahre nach kurzer Krankheit verstorben ist. Mannheim, 26. April 1910. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Jda Richeimer, geb. Friedmann, Dr. Max Friedmann. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofs aus statt.

dig eines Fräuleins von Lannenberg, Tochter eines kaiserlich und königlichen Obersten. Wir wollen übrigens über die Sache noch zu Hause weiter sprechen.“ Zu Hilrichs gendel: „Verzeihen Sie meine Herrschaften, daß es mir hier in Ihrem Hause herausgefahren ist, aber das ist ja unerhört.“ Horvat fuhr er an: „Wir, Herr Leutnant sprechen uns morgen!“ Horvat ließ sich aber nicht so leicht ins Gedächtnis jagen. „Herr Oberst, ich liebe Fräulein Irma tief und aufrichtig, und habe auch die Mittel, um meine Frau standesgemäß erbalten zu können. Trotzdem jetzt nicht die passende Zeit und auch nicht der passende Ort ist, wegen ich dennoch die Bitte auszusprechen: Geben Sie uns Ihren väterlichen Segen!“ sagte er mit fester Stimme. „Ich schließe mich dieser Bitte an, Herr Oberst, Horvat ist ein guter Junge, viel besser, als ich gedacht habe!“ bat Hilrich. „Ach Du gottloser Mensch!“ kisterte Frau von Hilrich dem Gatten ins Ohr, „na warte, das sollst Du mir büßen!“ Laut sagte sie: „Lieber Herr Oberst, geben Sie den Kindern Ihren Segen, lassen Sie sie doch glücklich werden.“ Als sich der Oberst so von allen Seiten bedrängt sah, blieb ihm nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. „Nun denn in drei Teufelsnamen“, polterte er. „Werdet glücklich, Ihr seid ja ein paar nette Deutschen und einander wohlkommen würdig.“ Dann stand er auf, nahm eine dienstlich Haltung an und zum Leutnant gewendet: „Und über Sie Herr Leutnant von Horvat verhängt ich wegen Mißbrauchs einer kaiserlich und königlichen Offiziersmägen dre Tage Zimmerarrest!“

